

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bezugsgeld monatlich 17 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 16 000 Mark. Bei Postbezug
monatlich 17 060 Mark. Unter Streifband in Polen monatlich 24 000 Mark. In Deutschland
und Danzig 18 000 deutsche Mark. — Einzelnummer 1000 Mark. — Bei höherer
Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonelzeile 800 Mark, für
die 90 mm breite Reklamezeile 3200 Mark. Deutschland
und Freistaat Danzig 800 bzw. 3200 deutsche Mark. — Bei Plakatschrift und
schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich
erbetet. — Offerten- und Auskunftsgebühr 2000 Mark. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 161.

Bromberg, Donnerstag den 19. Juli 1923.

47. Jahrg.

Die deutsche Presse in Polen.

II.

Es sind genau acht Wochen vergangen, seitdem die Haupt-
schriftleiter der größeren deutschen Tageszeitungen in Polen
zum erstenmal zu einer Konferenz der Redakteure der in
Polen erscheinenden Zeitungen in das Warschauer Minister-
präsidium geladen wurden. Wir haben diese Einladung als
ein Zeichen kollegialer Freundschaft und Achtung durchaus
gewertet und nahmen den Frühling, der mit seiner berückend-
en Blütenpracht vom Weichsfale her durch die geöffneten
Fenster des ehrwürdigen historischen Palais den Tee-
Empfang begrüßte, als eine Gutes verheizende Vorbedeu-
tung für unsere gemeinsame Arbeit im Sommer und Winter
zum Wohle des polnischen Staates hin. Die Herrschaftstage
des Herrn Sikorski, der die Konferenz einberufen hatte,
waren damals bereits gezählt, auch Wladyslaw Grabski, der
ein interessantes Exposé über die Finanzen des Staates zu-
halten wußte, hat inzwischen den Ministerstuhl verlassen.
Die Krisenstimmung jener Tage war nicht nur den Gaste-
bern, sondern natürlich auch den Gästen wohl bekannt.
Über der Frühling ließ sich nicht weglegen, ebenso wenig
wie die nackte Tatsache, daß man auch Vertreter der deutschen
Minderheitspresse zu sachlichen Verhandlungen nach Warshaw
gebeten hatte. Als nun gar am Ausgang der Konferenz —
abgesehen von dem peinlichen Widerspruch des Vertreters
der "Nacapospolita" — die polnischen Kollegen unserer ge-
rechten Forderung nach dem Eintritt eines Deutschen in
das neu gebildete ständige Komitee der Redakteure zustimmt-
ten, wußten wir auch diesen Akt der Toleranz vollauf zu
würdigen, ohne freilich überspannte Hoffnungen daran zu
knüpfen, wie das bei Menschen, die seit langem im Schatten
leben, ja auch nur natürlich ist.

Der Frühling ist vorüber, der Sommer hat Einzug gehalten, da beschäftigt sich der "Kurjer Warszawski",
eines der größten Organe nicht allein der rechtsstehenden,
sondern der gesamten polnischen Presse, mit dem Zeitungs-
weisen der deutschen Minderheit in Polen in einer sachlichen
Form und mit einem zum großen Teil richtigen Tatsachen-
material, daß wir versucht sind, seine Ausführungen als eine
notwendige Fortsetzung der Warschauer Pressekongress zu
betrachten, in der wir zum erstenmal als zivilisierte Kollegen
und nicht als Hochverräte mit Raubritterinstinkten ge-
wertet wurden.

"Man muß zugeben," — schreibt der "Kurjer Warszawski" in seinem lebenswerten Aufsatz, den wir gestern
zum Abdruck brachten, — "daß der Ton der deutschen Presse
in Polen im allgemeinen loyal ist." — Für dieses Zeugnis aus
nationalpolnischem Munde sind wir selbstverständlich
dankbar und fragen uns nur im Stillen, warum trotz dieser
Loyalität rund 100 Prozesse gegen die deutsche Minder-
heitspresse eingeleitet wurden und warum allein die
"Deutsche Rundschau in Polen" im vergangenen Vierteljahr
des Frühlings und der Pressekongress die Verurteilung
fast aller Redakteure zu Gefängnisstrafen von 6 bis 18 Monaten erlebte. Wir gehen auf diese
Prozesse heute nicht näher ein, weil uns selbst die vor-
stigste Kritik in der Öffentlichkeit nur neue Strafen ein-
bringen würde, und weil wir unseren Standpunkt über die
Freiheit der Presse unseren polnischen Kollegen auf geeig-
neterem Wege mitzuteilen gedenken.

Aus unserem Prozeßkabinett wollen wir lediglich einen
Punkt hervorheben, der unmittelbar zur Sache gehört. Der
"Kurjer Warszawski" und wenige Wochen vorher der
"Dienstnik Berlinensis" nehmen in äußerst schroffer Form (die
wir uns niemals erlauben dürften!) dagegen Stellung, daß
ein preußischer Richter bei der Verurteilung eines früheren
Chefredakteurs des Berliner Polenorgans unter ausdrück-
licher Betonung dasselbe Strafnak angewandt habe, das
unmittelbar vorher bei der Verurteilung von zwei Schrift-
leitern der "Deutschen Rundschau in Polen" festgestellt wurde.
— Selbstverständlich kann ein solches Vorgehen nicht gehörig
genau gebrandmarkt werden, und wir freuen uns, daß die
polnische Minderheitspresse in Deutschland in der Lage ist,
der Kritik an einer derartigen Justitia zu über.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns nur die
Tatsache festzustellen, daß der Chefredakteur der "Deutschen
Rundschau" wegen Veröffentlichung eines nicht in der
Redaktion entstandenen Artikels, der dem verantwortlichen
Redakteur bereits eine hohe Gefängnisstrafe ein-
gebracht hatte, vom Herrn Wojewoden von Thorn angezeigt
wurde mit der Begründung, daß Herr Brejksi selbst vor
20 Jahren auch als Chefredakteur neben seinem ver-
antwortlichen Redakteur von einem preußischen Gericht haft-
bar gemacht wurde. Damals hatte der verantwortliche
Redakteur 3 Monate, Herr Brejksi 2 Monate Gefängnis
erhalten. Die Verurteilung des Schriftleiters der "Deut-
schen Rundschau" erfolgte in dem gleichen Verhältnis mit
dem einzigen Unterschiede, daß die Strafen von dem polni-
schen Gericht verdreifacht wurden. Wie der Sejm-
abgeordnete Herbe in der "Dötscher Freien Presse"
und der zu dem Prozeß am 23. Juni nach Bromberg ent-
sandte Berichterstatter der "Neuen Bürger Zeitung"
bereits öffentlich mitgeteilt haben, wurde in dieser Haupt-
verhandlung von dem Vorsitzenden der urteilenden Straf-
kammer Herrn Bromierski mit Bezug auf das Zeug-
nis des Herrn Wojewoden erklärt: "Nun, machen wir es
ebenso wie früher die Deutschen!" — Wir enthalten uns
jeder Kritik.

Ein zweites Zeugnis des "Kurjer Warszawski" haben
mir lebhaft zu begrüßen. Es beginnt mit der Feststellung,
daß das Ruhrproblem der Prüfstein geworden ist, der
die Pressewelt, nicht nur in Polen, in zwei Lager getrennt
hat, und lautet dann wörtlich: "Bei den Deutschen muß man
selbstverständlich die Gerechtigkeit wegen der Anhabelegung
als berechtigt anerkennen." Diese Anerkennung verrät eine
politische Einsicht von unschätzbarem Wert. Die deutsche
Presse in Polen ist keineswegs irgendwie "abhängig" und
kennt kein Berliner Hauptquartier, wie unsere polnischen

Kollegen noch immer anzunehmen belieben. Selbst der ge-
fürchtete "Deutschstumsbund", der doch nichts anderes ist
als ein Gegenstück zum "Bund der Polen in Deutschland",
steht der deutschen Presse gegenüber nur in demselben Ver-
hältnis wie jeder andere Leser und Freund unserer Bei-
tungen auch.

Der deutsche Zeitungsschreiber in Polen hat nur ein
Hauptquartier und eine Parole: Heimat und Volkstum. Unsere Heimat liegt im polnischen Staat, mit dessen Wohl
und Wehe unser eigenes Geschick verbunden ist. Weil wir
der Ruhrpolitik Poincaré und einem guten Teil der fran-
zösischen "Freundschaft" überhaupt den wirtschaftlichen Ver-
derb unseres Staates und unserer Heimat folgen sehen,
darum erheben wir Protest gegen die Gewalttat im Ruhr-
gebiet und jeden Herold des mitteleuropäischen Bolschewismus.
Die Aufgaben, die unser deutsches Volkstum an uns stellt,
liegen klar auf der Hand. Über die Grenzen hinweg
hält uns Deutsche ein gemeinsames Band des Bluts und der
Geschichte umschlossen. Sollen wir allein an dem Un-
recht an der Ruhr schwiegen, während Papst und Bischof,
Minister und Gelehrte, die Völker und Presse fast aller
Länder in dieser Frage gegen Frankreich aufgegehen? —
Das kann und wird niemand von der deutschen Presse in
Polen verlangen, die alles, was sie vorbringt, in loyaler
Haltung an schreiben weiß und sich der hohen Verant-
wortung eines polnischen Staatsbürgers deutscher Nation stets bewußt bleiben wird.

Die verhinderte Ausweisung.

Die deutsche Fraktion zur geplanten Ausweisung des
polnischen Staatsangehörigen deutscher Nation

Dr. von Koerber-Koerberode.

Zahlreiche Anfragen aus unserem Kreise über die
angebliche Ausweisung des über die Grenzen Pomme-
rellens hinaus bei der deutschen Minderheit bekannten Herrn
von Koerber veranlaßten uns zu einer Anfrage bei der
deutschen Fraktion im Warschauer Sejm und Senat. Wir
erhielten folgende Mitteilung:

Herr von Koerber war bisher unbestritten polnischer
Staatsbürger. Er steht noch heute auf der Reichswahl-
liste oben als nächster Kandidat des Minderheitsblocks für
den Sejm. Obwohl jedoch erhielt Herr von Koerber ein
Dekret des Herrn Wojewoden in Thorn, daß ihm die
Staatsangehörigkeit abspricht und ihn angleicht, ohne eine
Prüfung der Staatsangehörigkeit überhaupt abzuwarten,
des Landes verweist. Begründung: "er sei als Vorsitzender
des Deutschstumsbundes ein lästiger Ausländer".

Herr von Koerber legt persönlich beim Minister des
Innern gegen die Ausweisung sofort Protest ein, da er
sowohl nach Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages zufolge
seiner Geburt in Polen, sowie auf Grund des Art. 91
des Versailler Vertrages wegen seines Wohnsitzes in
Polen polnischer Staatsbürger sei. Der Herr Minister
des Innern versprach sofortige Prüfung der Angelegenheit.
Auf eine mehrere Tage später durch die deutsche Sejmfrak-
tion beim Ministerium erfolgte Anfrage erhielt diese die
Mitteilung, daß die Suspensionsierung der Auswei-
sung inzwischen angeordnet sei. Ferner hatte
Herr von Koerber beim zuständigen Deutschen Kon-
sulat angefragt, wie dort seine Staatsangehörigkeit beurteilt
würde und die amtliche Auskunft erhalten, daß er nach
deutscher Auffassung polnischer Bürger sei und keinesfalls
nach Deutschland übernommen werden könne. Von dieser
amtlichen Antwort setzte Herr von Koerber die zuständige
Starostei in Graudenz am 4. Juli und durch dieses die
Wojewodschaft in Thorn im Kenntnis.

Ungeachtet der Anordnung des Innenministeriums und
der Stellungnahme des Deutschen Konsulats erschien am
10. Juli der Kommandant der polnischen Po-
lisie und ein Wachtmeister im Dienstanzug bei Herrn
von Koerber und legten einen vom 9. 7. 23 datierten Befehl
der Starostei in Graudenz (J.-Nr. 427/23) vor, Herrn
von Koerber zwangsweise über die Grenze zu bringen. Herr
von Koerber betonte ernst, er sei polnischer Bürger
und nicht in der Lage, nach Deutschland zu gehen, legte auch
die amtliche Auskunft des Deutschen Konsulats vor und er-
klärte, daß das Innenministerium in Warschau amtlich wiederholte
der deutschen Fraktion zugesichert habe, daß seine
Ausweisung suspendiert sei. Trotzdem wurde Herr von
Koerber zwangsweise an die Grenze nach Garnsee ge-
bracht. Da er auf gutes Zureden, freiwillig die Grenze
zu überschreiten, weil das alle Schwierigkeiten beseitigen
würde, dies nicht tat, sondern an den Grenzfähnen der
Republik Polen auf seinem Handkoffer Platz
nahm, wurde ein weiterer Wachtmeister herangeholt und
Herr von Koerber etwa 1 Kilometer über die Grenze bis
zum deutschen Kommissar geführt. Der deutsche Grenz-
kommissar lehnte das wiederholte an ihn gerichtete Er-
suchen, Herrn von Koerber anzunehmen, ab, da dieser keine
deutschen Papiere habe. Auf Befragen erklärte Herr von
Koerber, daß er seiner Meinung nach polnischer Bürger sei.
Der deutsche Kommissar stellte das Ersuchen an den Grau-
denzer Kommandanten, Herrn v. A. wieder zurückzunehmen.
Herr v. A. ließ sein Auto herankommen und wurde nun zur
Starostei in Graudenz gefahren. Der Starost ließ Herrn

Mark u. Dollar am 18. Juli.

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. — 100 l. 179 d. M. 1 Doll. = 250 000 d. M.
(Auszahlung Warschau: 175)

Warschauer Börse

1 d. M. — 0,50 p. M. 1 Dollar 117 000 p. M.

v. A. durch den Kommandanten eröffneten, die Angelegenheit
sei in ein Stadium getreten, in dem nicht er, sondern nur
der Wojewode entscheiden könne. Herr v. A. wurde am
nächsten Morgen mit dem ersten Zug zur Wojewodschaft
gebracht, er sollte inzwischen in Graudenz Privatquartier be-
ziehen. Am nächsten Morgen um 3/4 Uhr brachten ihn der
Kommandant und ein Oberwachtmeister zur Bahn, wo Herr
von Koerber unter Convoy und, da er kein Geld zur Fahr-
karte bergab, auf Staatskosten nach Thorn be-
fördert wurde. Nach längerem Warten wurde ihm und
dem Oberwachtmeister von einem Vertreter des Wojewoden
eröffnet, daß er nach Hause reisen solle, die Sache sei eins-
weilen erledigt.

Inzwischen war einer unserer Abgeordneten in Warschau
im Ministerium des Innern vorstellig geworden und hatte
scharfsten Protest gegen die Freiheitsberaubung des
Herrn von Koerber eingelebt.

Ein dankenswerter Gruß und ein lehrreicher Bericht.

Die "Magdeburger Tageszeitung" hat am vorigen
Sonntag (Nr. 162 vom 15. 7.) eine ganz ausgesonderte Sonder-
nummer herausgebracht, in der sie vom Standpunkt des Reichs-
deutschen aus die deutsche Frage in der von Deutschland abge-
trennten und bei ihm verbliebenen "Ostmark" nach historischen,
kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt. Hervor-
ragende Kenner und Anwälte ostdeutschen Volksstums und oster-
bissischen Landes — n. a. Prof. Otto Höglisch, Prof. Dr. F. C.
Braun, Prof. S. d. h. unter Heimatdichter Franz Südkratz —
haben hier von Memel und Danzig, Oberschlesien und Ostpreußen,
Posen und dem Weichselland lebensvolle Bilder gezeichnet, die von
dem großen Kolonisationswerk vergangener Geschlechter, von der
deutschen Not unserer Tage und der starken Heimatliebe kunde
geben, die immer in den Deutschen des Ostlandes lebendig blei-
ben soll.

Magdeburg ist die Stadt des deutschen "Magdeburger Rechts",
nach dem fast alle Städte Polens von Gnesen bis nach Tarnopol
(früher Waldorf) am Dnieper ehemals gegründet wurden;
wir freuen uns darum ganz besonders, daß dieses für Polen und
seine deutsche Minderheit historisch bedeutungsvolle geistige
Zentrum (das in der ersten Zeit der Christianisierung auch sein
geistliches war!) die alten Bindungen nicht verloren hat. Wie
die Polen in allen Ländern ein festes Band der gemeinsamen
Sprache und Tradition umschließen, so wollen auch wir unferen
sächsischen Landsleuten über die rotweisen Grenzfähle hinweg
und bei allem schuldigen Respekt vor diesen staatlichen Grenzen den
freundlichen Händedruck mit aufrichtiger Herzlichkeit zurückgeben.
Wir wollen der "Magdeburger Tageszeitung" für diesen Gruß
doppelt dankbar sein, weil er in einer Zeit erscheint, in der manche
von uns glauben, daß die Deutschen im Reich in ihrer eigenen Not
für die Deutschen in Polen, mögen sie nun im ehemals preußischen
Teilgebiet, oder in Kongresspolen, Galizien und Westpreußen wohnen,
keinen Raum mehr in ihrem Herzen haben. Wir erkennen
mit Freuden: das ist nicht wahr!

Die Aussage der auch mit Bildern markanten Sondernummer sind von Reichsdeutschen, zum Teil
von Emigranten geschrieben. Nicht alle vertragen sich mit dem
Standpunkt eines polnischen Staatsbürgers deutscher Nation. Sie
enthalten darum auch einige Sätze, die wir wieder billigen, noch
abdrucken können. Hier wird uns wieder deutlich gezeigt,
daß die Emigration der Hundertertausende eine nicht zu unter-
schätzende Belastung für den polnischen Staat bedeutet und keines-
wegs eine Entlastung, wie zahlreiche, selbst führende Polen wähnen,
die in der Entwicklung und Polonisierung der westlichen Woje-
wodschaften ein wesentliches Fundament für die Stabilisierung der
polnischen Staatsidee erblicken. Wer die Heimat verliert, findet sie
mit allen Mitteln wiederzugewinnen, vor allem dann, wenn ihn
ein herbes Geschick in ein übervölkertes, unglückliches Land ver-
weist. Auf jeder Seite der wechselseitigen polnischen Ge-
schichte wird die Wahrheit dieses Sakes besiegeln; soll sie allein für
die deutschen Emigranten keine Geltung haben?

Besonders wertvoll erscheint uns in der behandelten Artikelreihe ein lehrreicher Bericht von Ludvig Bernhard über die
Polenpolitik Preußens, der nicht von den Gefühlen des heimat-
losen Auswanderers, sondern lediglich von der Liebe des Wissen-
schaftlers zur objektiven Wahrheit diktiert wurde. Ludwig
Bernhard ist Professor der Staatswissenschaften an der Berliner
Universität. Seinem Schriftdid und genauen Quellenstudium, das
durch persönliche Führungnahme mit deutschen und polnischen
Führern des Wirtschaftslebens erleichtert wurde, verdanken wir
das berühmt gewordene Werk über "die Polenfrage" (Leipzig 1910),
dessen Folgerungen im Spätherbst 1918 ihre genaue Bedeutung
fanden. Wir geben im folgenden diesem Sachverständigen der
preußischen Polenpolitik, der keineswegs deren blinder Anhänger,
war, das Wort:

* * *

Der politische Maßstab.

Ein kurzes Nachwort zur preußischen Polenpolitik.

"Die brutale Polenpolitik Preußens", das
ist der politische Maßstab für alle Nationalitätenkämpfe.
Damit werden die Maßnahmen der Polen in Polen, die
Rücksichtslosigkeiten der Italiener in Südtirol, die Härten
der Tschechen in Reichenberg erklärt und entschuldigt. So-
gar vor den internationalen Gerichtshöfen in Genf und

im Haag ist das Schlagwort von der „preußischen Ausrottungspolitik“ gang und gäbe. Jeder Engländer, jedem Amerikaner, jedem Japaner, jedem Holländer hat sich dieser politische Maßstab tief eingrätzt.

Gewiß, es geht den deutschen Minderheiten schlecht. Aber ging es den polnischen Minderheiten in Preußen nicht noch viel schlechter? Hatte doch Preußen drei mächtige Waffen gegen die Polen geschaffen: das Ansiedlungsgesetz von 1886, die Ansiedlungsnovelle von 1904 und das Enteignungsgesetz von 1908. Das sind die drei Gesetze, von deren Härte hente die Welt redet.

Weiß die Welt aber, daß diese drei Gesetze niemals zur Wirkung gekommen sind?

Der Beweis ist leicht zu erbringen: Auf daß erste der drei Gesetze, auf das Gesetz, durch welches die preußische Ansiedlungskommission geschaffen wurde, antworteten die Polen sofort mit der Gründung der Bank Biemski, bekannt unter dem Namen der polnischen „Rettungsbank“. — Die Sammlung von Kapital für das Verteidigungsinstitut wurde eine nationale Angelegenheit der polnischen Gesellschaft; aber trotzdem zeigte sich bald, daß weder die Geldmittel der Bank noch ihre Arbeitsmethode ausreichten, um der preußischen Ansiedlungskommission mit Erfolg entgegenzutreten. Schon in der Generalversammlung der Bank Biemski vom 14. Juli 1888 kam eine verzweifelte Stimmung zur Geltung: der Aufsichtsrat trat zurück, „weil man unmögliche Dinge nicht zu vollbringen vermöge“ (wörtlich aus dem Bericht des zurücktretenden Aufsichtsrates). Die Männer aber, die trotzdem in der Leitung der Bank Biemski ausharrten, brachten die Bank in wenigen Jahren an den Rand des Abgrundes.

Jedoch gerade im kritischen Augenblick kam den Polen eine unerwartete Hilfe: Die polnische Ansiedlungsbank erhielt Kredit vom — preußischen Staat!

Am 19. Januar 1892 wurde das sensationelle Schauspiel geboten: Der Direktor der Bank Biemski hatte etwa hundert polnische Grundbesitzer im Hotel de Berlin zu Posen versammelt. In ihrer Spize der Rittergutsbesitzer Szuldrzyński, einer der bedeutendsten Führer der Polen im Kampf um den Boden. Auf besondere Einladung erschien in dieser Versammlung mit Genehmigung der preußischen Regierung der preußische Spezialreferent für Rentengutskolonisation: Oberregierungsrat Andressen. Durch seinen Mund erklärte sich die preußische Regierung bereit, den Polen bei der Errichtung von Siedlungen Kredit durch die staatlichen Rentenbanken zu gewähren, und zwar in der sehr günstigen Form von 2½prozentigen Rentenbriefen.

Damit waren die polnischen Ansiedlungsbanken von der Gefahr befreit, an Kapitalmangel zugrunde zu gehen. — Wie wirkungsvoll die preußische Kredithilfe war, zeigte sich sofort im Kreise Thorn. Auf diesen Anfang folgten andere Erfolge. Die polnische Rettungsbank ging also Hand in Hand mit der preußischen Regierung bei der Schaffung polnischer Siedlungen!

Vier Jahre wähnte diese gemeinsame Arbeit, und als dann das Band zerriss, waren die Polen über die Anfangsschwierigkeiten hinweg und hatten ihre Methoden so entwickelt, daß sie nunmehr der Ansiedlungskommission durchaus gewachsen waren. Am Jahre 1904 erfolgte der zweite Schlag der preußischen Gesetzgebung gegen die Polen: die Ansiedlungsnovelle, welche der Regierung die Macht gab, jedem Polen, der sich ein Stück Land gekauft hatte, den Bau eines Wohnhauses zu verbieten.

Damit war scheinbar den Polen jede Kraft im Kampf um den Boden genommen. Denn was nutzte ihnen der Ankauf von Land, wenn sich niemand darauf eine Sütte bauen durfte.

Jedoch wenige Monate später spazierte die Bank Biemski durch eine Reihe der Ansiedlungsnovelle, indem sie das Gut Kempa im Kreise Samter teils unter Benutzung alter Industriehäuser aufteilte, teils an Adjazenten verzaillierte. Und als der Regierungspräsident die Genehmigung versagte, weil das ganze Unternehmen nichts anderes sei als eine Umgehung des neuen Gesetzes, erhob ein kleiner polnischer Ackerwirt (Unterstütt von der Bank Biemski) Klage gegen den Regierungspräsidenten von Posen.

Lebt — so schrieben die Polen — müsse es sich entscheiden, ob es noch Richter in Berlin gebe.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles sandte damals der Minister des Innern einen Kommissar in die mindliche Verhandlung, die am 5. Oktober 1905 vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin stattfand. Das preußische Gericht erkannte, daß es den Ausführungen des Regierungspräsidenten nicht folgen könne, sondern dem Antrage des polnischen Ackerwirts stattgegeben habe.

Mit Hilfe dieser Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes haben die Polen alsdann die Ansiedlungsbefreiungen des Gesetzes tatsächlich illusorisch gemacht und sind von Erfolg zu Erfolg geschritten.

Schließlich aber holte der preußische Staat zum letzten Schlag aus, indem er im Jahre 1908 das Enteignungsgesetz erließ.

In der ganzen Welt war man der Meinung, jetzt seien die Polen verloren, und von Tag zu Tag erwartete man den Beginn einer langen Reihe von Expropriationen. Jedoch das Jahr 1908 verging, ohne daß ein Gut versteigert wurde, das Jahr 1909 verging, das Jahr 1910, das Jahr 1911; die preußische Regierung machte von dem Gesetz keinen Gebrauch. Schließlich im Jahre 1912 wurden vier kleine polnische Güter im Gesamtumfang von 1652 Hektar enteignet, und zwar gegen eine Entschädigung, die höher war als der sehr hohe Marktpreis, der für gleichartige Güter damals gezahlt wurde.

Nach dieser bescheidenen Demonstration hat keine Enteignung mehr stattgefunden. Den Polen hat jenes berüchtigte Gesetz also niemals wehe getan. Die Polen haben sich im Gegenteil unter dem Schutz deutschen Rechts nicht nur behaupten, sondern auch entwickeln können. Sogar in den Jahrzehnten der schärfsten Polenpolitik (1898—1913) sind nicht die Polen von den Deutschen, sondern umgekehrt die Deutschen von den Polen zurückgedrängt worden.

Im Regierungsbezirk Posen verloren die Deutschen in jenen Jahrzehnten 21 000 Hektar im Regierungsbezirk Bromberg 31 000 Hektar im Regierungsbezirk Danzig 20 000 Hektar im Regierungsbezirk Marienwerder 26 000 Hektar Insgesamt gewannen also die Deutschen, obwohl in den beiden Provinzen die mächtige Ansiedlungskommission wirkte, nicht einen Fußbreit Boden, sondern der deutsche Grundbesitz verringerte sich sogar um 98 000 Hektar. Rechnet man hinzu die Erwerbungen der Polen in den Nachbarprovinzen, so ergibt sich ein deutscher Gesamtverlust von mehr als 120 000 Hektar!

Soviel gewannen die Polen in einer Zeit, in der sie angeblich verbrängt und vernichtet wurden! Zugleich fügten die Polen unter dem Schutz der preußischen Gerichte alle ihre wirtschaftlichen Kräfte zu einer Einheit und Macht zusammen, wie sie die Polen unter eigenen Gesetzen und im eigenen Staat niemals vorher erreicht haben.

Der deutsch-polnische Nationalitätenkampf war also kein Vernichtungskampf gewesen, sondern hatte sich innerhalb der Grenzen von Recht und wirtschaftlicher Ordnung abgespielt. Die Polen in Preußen sind aus kleinen und — wie ihre eigenen Gelehrten anerkennen — schlechten Verhältnissen zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Höhe emporgewachsen. Der preußische Staat, der vor 150 Jahren einen Teil des zerfallenen polnischen Reiches übernahm, kann daher auf die Frage, wie er das ihm von der Geschichte anvertraute Gut verwaltet hat, getrost Rede und Antwort stehen.

Ob die Staaten, die heute deutsche Minoritäten in ihren Grenzen haben, wohl ebenso vor der Weltgeschichte bestehen werden?

Nachlänge zur Rigaer Konferenz.

Wir haben gestern die Erklärungen des estnischen Außenministers Hellat an Neval's Presservertreter wiedergegeben, der von der „kühl Atmosphäre“ sprach, die in Riga durch das Fernbleiben Sendas hervorgerufen wurde. Diese Kritik wird von der polnischen Presse lebhaft kommentiert.

„Die Behauptungen Hellats“ — schreibt der sozialistische „Robotnik“ vom 17. d. M. — legen auf das deutlichste klar, daß die Abwesenheit unseres Außenministers von Riga von den baltischen Staaten aufgefaßt wurde als der „neuer Kurz“ der polnischen Politik, als die Tendenz, den Märzvertrag mit diesen Staaten, wenn nicht aufzulösen, so doch als eine nedensächliche, zweitrangige Frage zu behandeln. Die Nationaldemokraten haben nie übermäßige Sympathien für die baltischen Staaten bewiesen; wegen ihrer Aspirationen sind sie ihnen zu klein, wegen ihres Russophilismus sind sie ihnen unangenehm. Aus Not haben sie sich in ein Bündnis mit diesen Staaten eingelassen; dafür aber wollen sie nichts über den Eintritt Litauens in dieses Bündnis hören. Diese litauische Fülle, ohne welche es kein dauerhaftes Bündnis der baltischen Staaten gibt, ist für die Nationaldemokraten das Fensterchen, durch welches sie sowjetisch-zulächeln, dem „dritten Russland“ liebvolll entgegensehen.“

Nach ähnlichen Ausführungen gelangt der „Kurjer Poranny“ ebenfalls zum polnisch-litauischen Problem, das den Angelpunkt der polnischen Politik im Baltikum darstellen soll. Die Ausführungen gipfeln in der Befreiung von zwei Dokumenten, die für Polen nichts weniger als angenehm sind. Litauen, das sich im Kriegszustand Polen gegenüber betrachtet, hat in Prag einen regelrechten Minister als Gesandten beauftragt. Die Rede, die vor einer Woche der neue litauische Diplomat Dr. Dovas Baumis vor dem Präsidenten Masaryk hielt, als er diesem seine Beglaubigungsurkunden überreichte, enthält Stellen, die unverhüllt gegen den polnischen Nachbarn gerichtet sind. Am offensivsten ist wohl jene Äußerung, die auch der „Kurjer Poranny“ unterstreicht und in der, im Gegensatz zur Tschechoslowakei, der litauische Staat als jener geschildert wird, dessen endgültige Aufgaben noch der Durchführung harren“. Präsident Masaryk antwortete mit sehr warmen Wünschen für die Zukunft der litauischen Republik. Der „Kurjer Poranny“ betitelt seinen Beitrag: „Ein tschechisch-litauisches Offenbündnis gegen Polen.“ Denn auch dieser Titel übertrieben ist, so muß doch festgestellt werden, daß der warme Ton der angeführten Reden sicher zu jener langen Reihe von Kundgebungen gehört, durch welche der tschechische Außenminister Beneš auf die Reden seines polnischen Kollegen geantwortet hat. Die überaus freundliche Aufnahme, die dem unversöhnlichen Feind Polens in Prag bereitet wurde, ist ebenso auf die Politik Beneš' zurückzuführen wie auch die Tatsache, daß die Sinaia-Konferenz vom 28. Juli ohne die Teilnahme eines polnischen Vertreters stattfindet.

Premier Witos über Oberschlesien und Danzig.

In der Unterredung, die Ministrerpräsident Witos dem Sonderberichterstatter des Temps gewährte, sprach der Premier auch über Oberschlesien und Danzig.

Über Oberschlesien sagte er folgendes: „Die Teilung Oberschlesiens, die sich auf Grund der Abstimmung vollzog und von der Boleschauerkonferenz endgültig sanktioniert wurde, war für Deutschland, besonders für gewisse deutsche Kreise eine wirkliche Überraschung. Die Deutschen vertrauten auf den Erfolg ihrer Propaganda, die sie lange Jahre hindurch betrieben, und rechneten ganz und gar nicht mit der tatsächlichen Stimme der schlesischen Bevölkerung, die patriotisch ihre polnischen Traditionen bewahrte und ihnen in der Abstimmung vollen Ausdruck gab. Wir wissen, daß die Abstimmung, besonders im südöstlichen Teile Oberschlesiens, ein vortreffliches Resultat zugunsten Polens hatte. Der Teil Oberschlesiens, in dem die polnische Verwaltung eingesetzt wurde, hat nach der südlichen Periode nach der Nachabstimmung den Weg friedlicher Entwicklung betreten und befindet sich in völlig aufgeregtem Zustand. Die Ruhreisezung hat Deutschland seines größten Kohlenreviers übertragen. Da sich der überwiegende Teil der Mineralrichtheit Oberschlesiens in dem Polen zugesetzten Gebiet befindet, ist es auch kein Wunder, daß die Aufmerksamkeit der ganzen Industriewelt auf unser Land gerichtet ist. Nach der endgültigen Feststellung unserer Ostgrenzen ist auch die Festlegung der deutsch-polnischen Oberschlesien-Grenze erfolgt. Diese Ereignisse haben unter der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens lebhafte Widerhall gefunden.“

In der Danziger Frage erklärte der Ministerpräsident folgendes: „Unser Verhältnis zu der Freistadt Danzig wird von traditionellen Gefühlen des Wohlwollens und der Sympathie geprägt. Von der Zeit, da die neue Ara entstand, die unsere Interessen unmittelbar mit dieser Stadt verband, hielt es Polen für seine Pflicht, seine Verpflichtungen gegenüber Danzig gewissenhaft innehaltend, aber

die Regierung Danzigs versucht, unter Vernachlässigung des Wirtschaftsinteresses und der Rolle, die der eigentliche Sinn des Vertrages für die Stadt bestimmte, sich den übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Im Namen der Unabhängigkeit und Souveränität beachtet die Danziger Regierung nicht die berechtigten Forderungen Polens. Heute, wo die Lebensbedingungen für die Bürger unseres Landes, die in Danzig wohnen, immer schwieriger geworden sind, da unsere Landsleute ausgewiesen werden, da so viel Schwierigkeiten in der Nutzung des Hafens bereitet werden, wollen wir unter Anlehnung an die Beschlüsse des Verfaßter Vertrages und den einmütigen Beschuß unseres Parlaments, glauben, daß die Regierung der Freistadt Danzig endlich einzehen wird, daß das Recht auf unserer Seite ist und die Danziger aufstehende Freiheit auch Polen zuteil werden muß.“

Pessimismus in London.

Kompromiß-Stimmung. — Beneš' guter Rat.

Aus London wird berichtet:

In dem Bemühen, mit Frankreich so lange wie irgend möglich gemeinsam vorgehen zu können, tritt jetzt wieder die Frage des passiven Widerstandes sehr in den Vordergrund. Man will versuchen, auf Deutschland einen Druck auszuüben, um Missstimmungen in Frankreich möglichst befehligen zu können (natürlich auf Kosten Deutschlands). Man gibt sich aber keinem Zweifel darüber hin, daß auch Frankreich sich entschließen müste, für den Abbau des passiven Widerstandes Konzessionen zu machen und vor allen Dingen sich für die Annahme eines Schiedsvertrags einer internationalen Sachverständigenkonferenz zu erklären. Jedoch sind die Aussichten auf eine solche Lösung, wie sie mit allen Mitteln durch England betrieben wird, sehr gering.

Diese pessimistische Stimmung wird noch durch die Erklärung des tschechischen Außenministers Dr. Beneš bestärkt, der erklärt, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England so gut wie ausgeschlossen erscheint und er der englischen Regierung den Rat gebe, ein Sonderangebot an Deutschland zu richten.

Die Unterzeichnung des Lausanner Friedens.

Lausanne, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Es bestätigt sich, daß die Unterzeichnung des Friedens von Lausanne auf den 24. Juli festgelegt worden ist.

*
Russland und Lausanne.

Lausanne, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lausanner Friedenskonferenz hat die Sowjetregierung telegraphisch aufgefordert, nach Lausanne eine Abordnung zur Unterzeichnung des Meerengenabkommen zu entsenden oder binnen drei Wochen das in Frage kommende Protokoll zu unterzeichnen.

Mussolinis Wahlreform angenommen.

Mussolinis Wahlreform, die dem Fasismus auch die parlamentarische Macht in Italien bis auf weiteres sichert, wurde am Montag in der römischen Kammer mit 285 gegen 139 Stimmen bei 77 Stimmenthaltungen angenommen. Ein Vertrauensvotum, das Mussolini erbeten hatte, wurde ihm mit 303 gegen 140 Stimmen bewilligt.

Bombenexplosion?

Aus Bochum wird dem „Berl. Tagebl.“ von seinem Verlegerstatter mitgeteilt:

Im Stadtkreis Weidmar haben die Franzosen einen Wagenpark angelegt, in dem alle beschlagnahmten Kraftwagen untergestellt wurden. In diesem Wagenpark ist angeblich am Sonntag nachmittag eine Bombe explodiert, die großen Schaden angerichtet haben soll. Daraufhin wurde über Bochum der verschärkte Belagerungsstand verhängt. Der Verkehr nach der Stadt ist unmöglich, da alle Ausgänge besetzt sind. Die Straßenbahn darf nur bis zur Stadtgrenze verkehren. Es ist bisher nicht nachzuprüfen, ob sich die Explosion tatsächlich ereignet hat.

Nach französischen Angaben soll in der Nacht vom 14. zum 15. Juli angeblich von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aus ein Sprengkörper auf den großen Schuppen des Kraftwagenparks geworfen worden sein, wodurch großer Sachschaden entstand. Unmittelbar nach dem angeblichen Attentat verhafteten die Franzosen eine Anzahl deutscher Männer und Frauen aus den in der Nähe liegenden Häusern und die Gäste aus einer in der Nachbarschaft befindlichen Gastwirtschaft.

Von weiterem ist irgendeine Beschädigung an der Halle nicht zu erkennen. Auch wissen die Anwohner, soweit sie gefragt wurden, nichts von Explosionen zu erzählen. Es scheint von den Franzosen außer acht gelassen zu sein, daß es fast unmöglich ist, von der elektrischen Straßenbahn aus einen Sprengkörper auf die Halle zu werfen und daß vielleicht die Explosion eines Benzinhählers von den Franzosen als Explosion einer Handgranate oder Bombe angesehen wurde.

*

Frankreich und Italien.

Das neue französische Gesetz, wodurch die in Tunis ansässigen Europäer in der dritten Generation französisiert werden, erregt in Italien große Unzufriedenheit, die angehörs der hunderttausend italienischen Kolonie in Tunis wohlbegreiflich ist. Nach dem „Messaggero“ wird Italien am Quai d'Orsay protestieren. Die Presse hebt hervor, daß Frankreich gar nicht berechtigt sei, über die juristische Stellung der Fremden in Tunis Gesetze zu erlassen, da Tunis keine Kolonie, sondern ein Protektorat sei.

Die „Evoca“ weist darauf hin, daß die Abstimmung zusammenfällt mit den Erklärungen Poincarés über die Balkan- und Adriapolitik Frankreichs, in denen Poincaré verprach, die jugoslawischen Rüstungen gegen Bulgarien finanziell zu fördern. Die Wahrheit sei dagegen, daß die von Frankreich unterstützten jugoslawischen Rüstungen gegen Italien bestimmt seien.

Eines Gottschalts an Amerika.

Anlässlich der Ankunft des Dampfers „Albert Ballin“ in New York drückte Reichskanzler Dr. Tuno in einer an den Präsidenten der United American Vine Harriman gerichteten Mitteilung die Hoffnung auf einen Zusammenschluß Amerikas mit Deutschland in wechselseitiger wirtschaftlicher Arbeit aus.

Ein Ausweg aus dem Finanzelend?

Die "Posener Neueste Nachrichten" erörtern in einem Leitartikel vom 15. d. M. folgendes Projekt zum Aufbau unserer Finanzwirtschaft, das übrigens — analog — auch im Deutschen Reich während des Weltkrieges erörtert wurde. In diesem Aufsatz wird u. a. geschrieben:

"Wie jetzt auch endlich behördlich zugegeben wird, beträgt der Schaden, welcher dem Gnesener Dom schaß durch den raffinierten Raub erwachsen ist, mindestens 100 Millionen Goldmark! — Eine sehr anständige Summe! Sie würde hinreichen — nach Ansicht des "Kurier Poznański" — um den polnischen Staat mit einem Schlag von seiner Schuldenlast zu befreien. Die Republik Polen hätte demnach die Möglichkeit, um für seine Finanzwirtschaft einen Wandspruch in Auftrag zu geben, auf welchem die Worte verzeichnet stehen: "Per aspera ad astra!" Wir denken nicht daran, etwa den Gedanken zu protegieren, daß dem Staat das Recht zuerkannt werden darf, die fabelhaften Gold-, Edelstein- und Silberbestände, über die doch manche Kirchen unzweifelhaft das Verfügungrecht ausüben, im Interesse der höchstdringend notwendigen Markthöherwertung zu erfassen. Eine gewaltsame Enteignung eines Eigentums, dessen Besitzrecht privatrechtlich unzweifelhaft besteht, ist verwerflich. Anders eine freiwillige Aktion. Wir haben erfahren, daß allein die Schäze, welche durch ein Auto dem Dom zu Gnesen entführt wurden, genügen würden, um dem polnischen Staat seine gesamte Schuldenlast abzunehmen. Der Billionentausch in Gnesen hat gezeigt, welche kolossalen Werte bei uns starr schlummern. Der Patriotismus müßte eigentlich das Erstrebene gebären, derartige staatsrettende Juwelen dem Sanierungsprozeß zuzuführen unter vernünftiger Verücksichtigung kulturbistorischer und religiöser Einwendungen. Aber selbst dies wäre nicht erforderlich: Waren die unglaublichen Schäze, die in den Kirchen Polens gehütet werden, nicht ideale Pandobjekte, um mit deren Unterstützung den finanzpolitischen Aufbau auf die Beine zu bringen? — Jetzt sind einige verwegene Verbrecher mit Werten, die das polnische Finanzelend mit einem Schlag hätten aus der Welt schaffen können, in einem Kraftwagen davongejagt; ob es gelingen wird, ihrer je habhaft zu werden, ist sehr zweifelhaft."

Die finanzielle Krise der Städte in Polen.

Ein Vertreter des "Dziennik Poznański" hatte dieser Lage mit dem Vizestadtpresidenten von Posen, Dr. Kiedacz, eine Unterredung über die augenblickliche finanzielle Krise der Städte in Polen. Auf die Frage, welches die Folgen dieser Krise sein würden, und ob man auf eine Besserung hoffen könnte nach Einführung des Gesetzes über die normative Regulierung der kommunalen Finanzen, äußerte sich Dr. Kiedacz in interessanter Weise wie folgt:

Was die Ursachen der Krise anlangt, so sind sie zweierlei Art: sie resultieren aus der Änderung der Gesetzgebung und aus der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bisher stützten sich die Einkünfte der Selbstverwaltungen auf die staatlichen Steuern. Das preußische Gesetz über die Gemeindesteuern vom 14. Juli 1898 sicherte den Städten außer den indirekten Steuern vom Bier, vom Bergmessen, von Jagdscheinen und von der Umsatzsteuer usw., die Grund-, Gebäude- und Einkommensteuer. Das waren die wichtigsten Einkommensquellen, und in allen Gemeinden deckten sie ganz die steuerlichen Bedürfnisse. In der Stadt Posen erbrachten diese Steuern 5 Millionen Goldmark, wovon zwei Millionen auf die Grund- und Gebäudesteuer und der Rest auf die Einkommensteuer entfiel. Infolge des Niedergangs der Valuta und infolge des Wieterichtungsgesetzes, meinte Dr. Kiedacz weiter, spielen die Grund- und Einkommensteuer, obgleich sie weiter erhöht werden, in der Rechnung fast gar keine Rolle. Diese Tatsache beleuchtet folgendes Beispiel:

In dem Posener Staat für das laufende Jahr beträgt der Steuerbedarf 19 Milliarden Mark, und in dieser Summe sind die Grund- und Gebäudesteuern kaum mit 100 Millionen verrechnet; prozentual ausgedrückt beträgt die Grundsteuer 4 Prozent des allgemeinen Steuerertrags und die Gebäudesteuer kaum 0,37 Prozent. Was die Einkommensteuer anlangt, so macht die Entwertung der Mark alljährlich eine Änderung der Aufstellung nötig, was wiederum mit Rücksicht darauf, daß der Sejm das entsprechende Gesetz sehr spät beschließt, mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Das Gesetz über die Einkommensteuer für das Jahr 1928 ist bereits im Sejm und Senat verabschiedet, aber bis jetzt ist es nicht im Amtsblatt (Dziennik Urzędowy) veröffentlicht, und man kann deshalb nicht in die Arbeit eintreten. Fest ist es schon Juli, und man kann sich vorstellen, welches Chaos dadurch in den städtischen Finanzen hervorgerufen wird, da dadurch die wichtigste Einnahmequelle der Städte in ihrer Auswirkung gehemmt ist. Bis zum heutigen Tage ist die Stadt Posen mit Ausnahme der indirekten Steuern nicht imstande, irgendwelche größeren Steuern einzubringen. In die Einführung der Einkommensteuer für das Jahr 1922 konnte erst Mitte Mai eingetreten werden. Kann eine rationelle Finanzwirtschaft in den Städten bestehen, wenn man im Laufe des Jahres Ausgaben machen muß und die Steuerzummen zu ihrer Deckung bei ständiger Marktentwertung erst einlaufen ein halbes Jahr nach Abschluß des Budgetjahres? Überdies schließt das sogenannte polnische Gesetz über die Einkommensteuer, das in den anderen Teilgebieten Polens gültig ist, die Möglichkeit der Einführung der Einkommensteuer zugunsten der Städte aus. Die Lage der Städte in den anderen Teilgebieten ist noch schlimmer. Bei uns ist das polnische Gesetz über die Einkommensteuer dank der Bemühungen der Selbstverwaltung vertreten nicht in Kraft getreten, indem es bestellt die Gefahr weiter, da das Gesetz eine Vorschrift enthält, wonach der Finanzminister im Einverständnis mit dem Minister des Innern das Gesetz im Wege einer einfachen Verordnung auch in unserem Teilgebiet in Kraft setzen kann. Die Folge davon ist, daß die Selbstverwaltungen und besonders die Städte ihre Zuflucht nehmen müssen zu den verschiedenen Einkommensquellen, die weder vom Standpunkt der Finanztheorie begründet sind noch gerechtfertigt werden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, so daß viele Steuern der Selbstverwaltungen in den anderen Teilgebieten Polens sich für die Bevölkerung als eine sehr schwere Last erweisen. Die Städte, namentlich die größeren, begannen, da sie wegen der bestehenden Verhältnisse größere rationelle Einnahmequelle nicht besaßen, ihre Zuflucht zu nehmen zu Anleihen beim Staatschaf, und tatsächlich haben sie von diesen Anleihen gelebt und leben davon noch heute. Sogar die Stadt Posen, die einer solchen Finanzwirtschaft und folgenden Anleihen und Subventionen sich am längsten widerlehnte, mußte im Laufe dieses Jahres dem Beispiel anderer Städte folgen.

Um diesen beklagenswerten Verhältnissen ein Ziel zu setzen und um im übrigen das Steuersystem der Städte auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und den Städten größere Steuerstellen abzutreten, hat das Finanzministerium im Oktober v. J. über die Finanzen der Selbstverwaltungen im Studium angelegt und hat nach einer Reihe von Konferenzen, an denen die bedeutendsten Selbstverwaltungsfachleute teilnahmen, ein Gesetz über die vorläufige Regelung der kommunalen Finanzen ausgearbeitet. Der Entwurf befindet sich vorläufig in der Finanz- und Budgetkommission und es kann sein, daß er während der Sommersession des Sejm Ende Juli verabschiedet werden wird.

Auf die Frage des Interviewers, ob das neue Gesetz zur Gesundung der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete der städtischen Finanzen beitragen werde, antwortete Dr. Kiedacz, daß er daran nicht zweiste. Das neue Gesetz gestattet nach seinen formalen Vorschriften den Stadtverwaltungen die Erhebung folgender Steuern: der Grund- und Gebäudesteuer, der Steuer von Lokalen, von Handel und Gewerbe, es vergrößert den Anteil der Selbstverwaltungen an der Einkommensteuer, gestattet weiter die Erhebung von Bußgeldern zu den staatlichen Konsumsteuern und die Besteuerung des Konsums von solchen Gegenständen, die nicht der staatlichen Konsumsteuer unterliegen. Außerdem nimmt das Gesetz zugunsten der Selbstverwaltungen noch folgende Steuern in Aussicht: von Verträgen, von Verkäufen von Immobilien, von Wechselprotesten, von Geschenken und Schenkungen, von Plakaten, Firmenschildern und Annoncen, ferner von Vergnügungen und Schaustellungen und von Jagdscheinen. Außerdem gestattet das Gesetz mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Erhebung auch anderer Steuern, die nicht in dem Art. 24 des Gesetzentwurfs enthalten sind.

Zurzeit sind 13 Artikel des Gesetzentwurfs schon durchberaten, und gerade in dem letzten Artikel hat man eine Änderung vorgenommen, die den Selbstverwaltungen nicht zum Vorteil gereicht. Dieser Artikel behandelt die Konsumsteuern. Der Regierungsentwurf gestattete den Selbstverwaltungen die Erhebung eines 2%igen Bußgeldes zu diesen Steuern; die Kommission begrenzte dieses Recht auf 15 Prozent. Diese Tatsache veranlaßte die Posener Stadtvertretung zur Annahme der bekannten Resolution. Wir halten es für durchaus notwendig, daß der Artikel 13 den ursprünglichen Wortlaut wieder erhält, da nur dann diese Steuerquelle ergiebig genug sein und eine Verteilung der Einkünfte zwischen den Städten und den Kreisen in Einklang mit ihren Bedürfnissen ermöglichen wird.

Auf die Frage des Besuchers, was die Vertreter der Selbstverwaltungen in dieser Bezeichnung zu tun gedenken, antwortete Dr. Kiedacz: Am 10. d. M. hielten wir in dieser Angelegenheit mit den ortsanständigen Abgeordneten und Senatoren eine Konferenz ab, in der wir die Notwendigkeit bestonten, das Gesetz so schnell als möglich in der nächsten Sessession zu verabschieden, und besonders, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes es den Selbstverwaltungen ermöglicht wird, neue Gewerbesteuern zu erheben, wodurch den Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle eröffnet wird. Unabhängig jedoch von der Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Selbstverwaltungsfinanzen, so schloß Dr. Kiedacz, sind wir der Ansicht, daß die Selbstverwaltungen es auch weiter als einen sehr großen Mangel empfinden werden, solange die Regierung und der Sejm nicht zu der Überzeugung kommen, daß man den Städten in ganz Polen die Erhebung von Bußgeldern zur Einkommensteuer gestatte.

Der Islam erwacht!

Es ist sehr interessant, die Schilderung zu lesen, die Arnold J. Toynbee in der Londoner Zeitschrift "The Nation and The Athenaeum" von seinen Eindrücken in Angora gibt. Seine Eindrücke faßt er in folgende Sätze zusammen:

"In einem ist uns Angora voraus. Die Führer der türkischen nationalistischen Bewegung kennen den Westen. Sie sprechen alle eine oder mehrere europäische Sprachen. Die meisten von ihnen haben in Europa oder in den Vereinigten Staaten studiert, und als Abschluß ihres Studiums haben sie ein oder zwei Jahre Gefangenschaft auf Malta oder die militärische Besetzung von Konstantinopel durch die assyriischen Truppen mitgemacht. Auf alle Fälle haben sie uns kennen gelernt und etwas von uns gelernt, während wir in dieser Beziehung nichts getan haben. Denn — seien wir ehrlich — wie sieht sich im allgemeinen der gebildete Westeuropäer zu den Umwälzungen im Osten während des letzten Jahrzehnts? Wir haben größtenteils überhaupt keinen Anteil daran genommen, und wenn wir uns mit den Dingen beschäftigen mußten, entsprang, was wir dachten und taten, aus Hochmut und Vorurteil und ließ die Objektivität und den Weitblick echter Staatskunst nur allzusehr vermissen."

Die Auseinandersetzungen des Engländer gibeln in einer ernsten Warnung: "Täuschen wir uns nicht. Das unsichtbare Reich von Angora erstreckt sich über weite Länderstrecken des Ostens, die auf unseren englischen Karton noch rot gezeichnet sind, und die revolutionäre Bewegung ist nicht nur ein lokales Erdbeben des anatolischen Plateaus. Eine tiefegehende Umwälzung hat den gesamten islamitischen Osten seiner ganzen Länge und Breite nach ergriffen. Sehen Sie, was unsere Soldaten für prächtige Kerls sind" — sagte ein ander zu mir und zeigte auf eine Abteilung türkischer Truppen, die durch die Straßen von Angora marschierten; das "unsere" war ihm unwillkürlich entfahren. Ander, Afghanen, Ägypter und Araber — sie sind alle in Angora vertreten. Sie hören hier die neue Botschaft: daß sich die Zeiten gewendet haben, daß der Westen nicht unbefriedigt ist, daß die Porten der Hölle den Islam nicht überwinden werden und daß nicht eher Friede sein wird mit Frankistan dem "Abendland", bis der Osten als gleichberechtigt anerkannt sein wird."

Republik Polen.

Ein Exposé Witos' wird angekündigt.

In politischen Kreisen in Warschau kursiert das Gerücht, daß in der kommenden Sessession der Premierminister Witos ein Exposé über die innere Situation des polnischen Staates halten, und die Stellung der Regierung genau umschreiben wird.

Eine Entscheidung Galonders.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Bundesrat Galonder, fällte seine erste Entscheidung in einer deutsch-polnischen Streitfrage. Es handelt sich um die Schulverhältnisse für die Minderheit in der in Ost-Oberschlesien gelegenen Kreisstadt Rybnik. Die Entscheidung des Präsidenten spricht sich unzweideutig zugunsten des beschwerdeführenden deutschen Schulvereins aus und weist den vorläufigen Entschluß des polnischen Minderheitsamtes als irrig zurück. In den Aussführungen Galonders wird das Verhalten der Rybniker Ortsbehörden gegenüber der deutschen Minderheitsschule mißbilligt. Die Behörden werden verpflichtet, für die von ihnen aufgehobene Schule entweder das frühere Gebäude wiederherzurichten oder ihr andere gleichwertige Räume zu geben.

Besuch polnischer Offiziere in Rumänien.

In den nächsten Tagen werden einige hundert polnische Offiziere Rumäniens besuchen. Die Einladung ging vom König von Rumänien anlässlich seines letzten Besuches in Warschau aus. Es werden Vertreter der aktiven Offiziere von 27 Regimentern teilnehmen, insgesamt 300 Offiziere unter Führung des Generals Rozwadowski, der der Generalinspekteur der polnischen Armee ist. Die Ankunft in Rumänien ist auf den 2. August bestimmt. Dieser Besuch polnischer Offiziere in Rumänien hängt aber auch mit den militärischen Abmachungen zwischen Polen und Rumänien zusammen.

Für eine größere Getreideausschuß aus Polen trat laut "Illustr. Kurj. Godz." in einer unter seinem Vorsitz veranstalteten Konferenz aller Parteien und von Vertretern der Landwirtschaft und des Landwirtschaftsministeriums der Senatsmarschall Trampczynski unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung ein. Gegenwärtig wird amerikanisches Mehl in Polen verwendet, das sich dreimal so teuer als das inländische stellt, während Tausende von Waggons mit polnischem Getreide wegen des Mangels an Käfern in den Magazinen lagern. (Die ganze Meldung erscheint etwas unklar.)

Deutsches Reich.

Großdeutsche Kundgebung des burgenländischen Landtags.

Aus Eisenstadt wird gemeldet: Vom Burgenländischen Landtag wurde an Stelle des christlich-sozialen Landeshauptmanns Rausitz der Großdeutsche Professor Dr. Wahlheim, zum Landeshauptmann gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte er u. a.: Wir richten unsern Blick auf das große Deutsche Reich und gedenken unserer Brüder in ihrer schwersten Bedrängnis. Wir hoffen, daß der Tag nicht fern ist, an dem das Burgenland und die Republik Österreich mit dem Mutterland vereinigt werden.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Halbamäßig wird aus Berlin mitgeteilt: Die deutsch-russische Kommission für die Ausgestaltung des Rapallovertrages hat die erste und zweite Lesung des Konkordatabkommens beendet, wobei mit Ausnahme weniger Punkte zwischen beiden Teilen Einverständnis erreicht worden ist. Sie wird jetzt eine Pause in ihren Verhandlungen eintreten lassen, die durch die Notwendigkeit der Einholung von Anstrukturen aus Moskau bedingt ist. Nach dieser Unterbrechung werden die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden. Der bisherige Verlauf berücksichtigt zu der Erwartung, daß über die noch offenen Fragen ohne Schwierigkeiten eine Einigung erreicht werden wird.

Erzbischof Soederblom — Ehrenbürger der Universität Halle.

Bei der Stiftungsfeier der Universität Halle verkündete der Rektor, daß der Senat den Erzbischof der evangelisch-lutherischen Kirche Schwedens, Dr. Nathan Soederblom in Uppsala zum Ehrenbürger der Universität Halle-Wittenberg ernannt hat. Der hervorragende Führer der protestantischen Einheitsbewegung der Gegenwart, der vor wenigen Wochen als Ehrendoktor der englischen Universität Oxford ernannt wurde, ist durch sein Auftreten gegen Poincarés Außenseitpolitik von neuem in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Für die evangelischen Bürger Polens wird der Name Soederblom immer mit der Erinnerung an das denkwürdige Konzil von Uppsala (1921) verbunden bleiben, in dem sich der Erzbischof als neutraler Schiedsmann und Mittler um die Einigung der vier protestantischen Kirchengemeinschaften Polens bemüht.

Der Ausbau von Wasserstraßen in Polen.

Im Mai dieses Jahres wurde in Warschau eine Gesellschaft unter dem Namen "Das Baltische-Schwarz-Meer-Syndikat" für Polen gegründet, die sich zur Aufgabe stellt:

1. Die Ostsee mit dem Schwarzen Meer durch eine Polen durchquerende weitverzweigte Wasserstraße zu verbinden.
2. Den Ausbau eines Kanals für Kohlentransporte von Schlesien nach Poda und Danzig mit Abzweigungen nach Warschau und Posen.
3. Den Ausbau eines Meerkanals: "Dirschau-Ostsee" mit einem Meereshafen in Dirschau als Abschluß der Wasserstraße Schlesien-Danzig.

Die Gesellschaft soll die Vorarbeiten für diese Pläne in die Hand nehmen und die Pläne auch publizistisch im In- und Auslande propagieren. Darauf soll eine Aktiengesellschaft mit dem Leben treten, an der auch ausländisches Kapital beteiligt werden soll. Der Hauptteil dieser Gesellschaft mit ihrem Syndikat ist Warschau-Romny-Swiat und das Tätigkeitsgebiet die ganze polnische Republik, bei Berücksichtigung der örtlichen Rechte und Vorschriften, welche in den verschiedenen Teilen des Staates verpflichten.

Die Umwandlung der deutschen Vertretung in Kovno in eine Gesandtschaft soll in Kürze erfolgen. Der Vertreter Deutschlands in Litauen, v. Olshausen, erhielt bereits vor einiger Zeit den Titel Gesandter.

Aus anderen Ländern.

Keine Aufnahme Polens in die Kleine Entente.

Prag, 16. Juli. (Eigener Dienst.) "Gesetz Slovo" veröffentlicht die halbamtliche Erklärung des tschechischen Außenministeriums, nach welcher der Bestand der Kleinen Entente entgegen anders lautenden Meldungen in nächster Zeit nicht vergrößert werden wird. Die Konferenz der drei Außenminister Rumäniens, Südmährens und der Tschechoslowakei in Sinaia wird bestimmt am 28. Juli stattfinden. Von einer Beteiligung des polnischen Außenministers und dem Anschluß Polens an die Kleine Entente wird nicht mehr gesprochen.

Der neue Herr der Ukraine.

Das allukrainische Exekutivkomitee hat Makowski in Abrechnung seiner Ernennung zum politischen und Handelsvertreter in London seines Amtes als Vorsitzenden des Rates der ukrainischen Volkskommissare entzogen und ihm die Dankbarkeit für die 4½jährige Leitung der ukrainischen Regierung ausgesprochen. Zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Ukraine wurde, wie erwartet, Tschubar ernannt, der in letzter Zeit den ukrainischen Robbenbergbau geleitet hat und kürzlich zu einem der Vertreter Venins im Bundesrat der Volkskommissare ernannt worden ist.

Eine neue Sowjetrepublik.

Laut Besluß des Allrussischen Volksausschusses wird die große Zahl der nach der Oktoberrevolution entstandenen Sowjetrepubliken wiederum um eine neue autonome Republik vergrößert, die den Namen "Burjat-mongolische Republik" tragen wird, mit der "Residenz" in der Stadt Werchnjodinsk. Am 1. August soll die neue Republik offiziell zu funktionieren beginnen.

* * *

Aus Rom wird der "Pr. Pr." gemeldet: Wie verlautet, beabsichtigt die japanische Regierung, beim Balkan eine Botschaft zu errichten.

Die Pariser Blätter melden, wurde Ladisla Hanum, die Gattin Wladyslaw Kemal Pascha, in die Nationalversammlung von Angora als Abgeordnete für Konia gewählt. Es ist das erste Mal, daß eine türkische Frau einen Sitzen im Parlament erhält.

Nach Meldungen aus China nimmt die mehrfach geplante Bokottbewegung gegen japanische Waren immer größere Ausdehnung an. Die japanische Regierung hat ein Ultimatum nach Peking gesandt und um unverzügliche Aufhebung des Bokotts gebeten.

Statt Karten.
Nach Gottes unerforschlichem Ratshluß verschied
heute früh 8 Uhr nach langen, schweren Leiden mein
lieber guter Mann, unser Vater, Schwiegervater und
Großvater, der Gastwirt

Gottlieb Warnle

im 72. Lebensjahre.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Frau Rosa Warnle
nebst Kindern u. Anverwandten.

Starz, den 18. Juli 1923. 7248

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 21. Juli,
nachmittags 5 Uhr, statt.

Aus dieser Welt der Schmerzen nahm der treue Gott zu sich in sein himmlisches Reich unsere einzige, heiligeliebte Tochter, Niciea. Couline

Edith Liesert.

Sie ging heim nach schwerer Krankheit zur Himmelsreise im blühenden Alter von 21½ Jahren.

Dies zeigten tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen 7249

Ernst Liesert

und Frau Hedwig geb. Buhse.

Bydgoszcz, den 17. Juli 1923.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten evang. Kirchhofes aus statt.

Heute früh ¼ Uhr verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schuhmachermeister

August Becker

im Alter von 64 Jahren. 7250

Bromberg, den 18. Juli 1923.

Im Namen der Hinterbliebenen Frau Wilhelmine Becker.

Beerdigung: Freitag, den 20. Juli, nachm. 5½ Uhr von der Kapelle des evang. Friedhofs, Wilhelmstraße.

Zahn - Praxis

Paul Bowski, Dentist

Mostowa 10 Telefon 751 Brückennstr. 10



Befestigung loser Zähne sowie
Bestrahlungen erkrankter Zähne mit elektr. Hochfrequenzströmen

Zurüdgelernt
San.-Nat. 7221
Dr. Diez.

Hebamme 6032
Gryskowska,
Privat-Klinik
für Wöchnerinnen,
Duga 5. Tel. 1673.

Hebamme
nimmt Bestellungen
entgegen. 7240

R. Gubinska,
Bydgoszcz - Wilczak,
ul. Nakielska 17, part.

Verfeilte
Blätterin
empfiehlt sich in
und außer dem
Hause. 7282
ulica Jezuicka
Alte Pfarrst. 14,
Hof, 1 Et. rechts.
ul. Majdańska.

Wer gibt jungem
Waidmann
1 bis 2 brave Böcke
gegen entsprech. Ver-
gütung zum Abschuss
frei. Off. mit. 3. 7806
an die Gsch. d. Btg.

Musif
für jeden Preis
stellt 7256
Brandis & Mrs.
Art. Grottgere 2

Maurer- und
Dachdecker-Arbeiten
führt selbständig aus,
auch auf dem Lande
Urbanowski
Berlinstr. 94.

Fragen Sie uns
welche Preise wir
Ihnen zahlen für:
Feldgr. Gläs. 08
Krisengläser
Mauspistolen
Baracellum
Brownings
u. a. Taschenpistolen
Pistolenmunition
Jagdwaffen
Microscope
Eisenbeinbälle
Elephant-Zähne
Höchstpreise infolge
Auslands-Exports.
Nachnahmeabendung
gestaltet.

Brüll & Co.,
Breslau 10,
Matthiasstraße 88.
Aufständer geübt.

Weißgerberei
gerbt Weißfelle. 7261
Jugmanta Augusta 19.

Jede Art Uhren
auch Turmuhrn
werden soj. repariert.
Ottinger, 5687
Kordeckiego 34a.

Hafer
und Gerstengröße
in größeren Posten und zentralerweise.

Mlyn Otole
dawn. Peteriona.

Maschinenspinnerei
Filiale Bydgoszcz.

Hiermit geben wir dem geehrten Publikum
der Stadt Bydgoszcz u. Umgegend bekannt,
dass wir auf unser Lager eine große Auswahl
von **Wolle, Strid- und Webewolle,**
Flachs- u. Heide-Garn,
sowie gute **Wollstoffe** haben.

Weil unser Geschäft sich im Hof-Haus be-
findet, können wir unsere Maren zu lehr-
günstigen Bedingungen abgeben. Es werden
für 1¼ Pfund gewäschene Wolle 1 Pfund
Strid- oder Webewolle eingetauscht, für 1 kg
gefärbtes Flachs eine Strähne Garn ein-
getauscht. Auch werden auf Wunsch Woll-
stoffe und Flachs sowie Sack-Leinwand gegen
Wolle und Flachs eingetauscht.

Es wird auch zum Stricken und Färben
jedes alte Kleiderstück angenommen.

R. Molinder, Bydgoszcz,
Sw. Floriana (Alexanderstraße) 16.
Straßenbahnverbindung
bis zur Ecke Jagiellońska und Bernardynska.

EXPORTBANK
mit Ihnen
Zweigniederlassungen
erledigt sämtliche Bankgeschäfte
mit Inkasso von Exportdevisen.

EXPORTBANK

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzugeben, daß ich das bisher von meinem Vater seit 1886 geführte Geschäft übernommen habe und dasselbe in dem bisherigen Rahmen und unter derselben Firma weiterführe.

Das der Firma bisher entgegengebrachte Wohlwollen bitte ich auf mich übertragen zu wollen und sichere sorgfältigste Bedienung unter eigener fachmännischer Leitung zu.

Gleichzeitig bitte ich etwaige Forderungen an die Firma unter Beifügung der Belege innerhalb 8 Tagen an mich einzureichen. Forderungen, die später gestellt werden sowie Zahlungen, die nicht in meinem Geschäftslokal an mich persönlich geleistet werden, erkenne ich nicht an.

7245

Hochachtungsvoll

W. Oklitz Inh.: Willibald Oklitz

Mechanikermeister und Ingenieur

Schreibmaschinen, Bürobedarf, Fahrräder, Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt.

Telefon 207. :: Bydgoszcz, Stary Rynek 14. :: Telefon 207.

Befanntmachung.

Infolge weiterer Erhöhungen der Löhne
und Brennmaterialien sind wir gezwungen,
mit Erhöhen der Zeitung

1 3-Pfund-Brot auf M. 7700

zu erhöhen.
Bäckerei. Schweizerhof.
Bromberger Wirtschaftsverein.

7246

Echte Schweizer Seidengaze

kenntlich durch 3 rote Streifen in den Kanten,

7245

Messerpickeln, Furchenhämmer usw. empfehlen

Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Ruder-Club Trithios.

Am Sonnabend, den 21. Juli 1923, abends vünftlich
um 7 Uhr, findet sahngemäß die ordentliche

7. Mitglieder-Versammlung

statt, wozu die Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Regattaberichte.
2. Preisprechungen.
3. Besprechung über das Sommerfest.
4. Geschäftliches.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil findet eine

Siegesfeier

in Form eines Herrenabends statt, zu dem rege Beteiligung erwartet wird.

Der Vorstand.

Kino Kristal.

Heute Premiere!
Das erstklassige Filmwerk:

Herzog Ferrantes Ende

Gewaltiges Drama in 7 großen Akten.

In den Hauptrollen:

Paul Wegener — Lyda Salmonowa

Ernst Deutsch — Walter Janssen.

Beiprogramm:

„Fatty flirtet“

Lustspiel in 2 Akten.

Außerdem: Nur Mittwoch

Das rumänische Königspaar

in Polen.

Personen-

dämpfer

nach der Hafenschleuse

Wochentags Abfahrt

Bydgoszcz 3 U. nachm.

Rückfahrt ab Hafen-

schleuse 7 Uhr nachm.

7245

Bydgoszcz

Sonntag, d. 22. Juli

7246

Großes

Lanzvergnügen

wozu einladet

7247

Stengel, Bartomiej.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz E. B.

Freit. 20. Juli

Zum 1. Male:

Der Raub der

Gabinerinnen.

Schwank von Franz

von Schönthan.

Vorverlauf bei Hecht,

Danzerstr. 19 und bei

Neiße, Theaterplatz.

7248

7249

Deutsche Bühne

Bydgoszcz E. B.

Freit. 20. Juli

Zum 1. Male:

Der Raub der

Gabinerinnen.

Schwank von Franz

von Schönthan.

Vorverlauf bei Hecht,

Danzerstr. 19 und bei

Neiße, Theaterplatz.

7249

7249

Deutsche Bühne

Bydgoszcz E. B.

Freit. 20. Juli

Zum 1. Male:

Der Raub der

Gabinerinnen.

Schwank von Franz

von Schönthan.

Vorverlauf bei Hecht,

Danzerstr. 19 und bei

Neiße, Theaterplatz.

7249

7249

Deutsche Bühne

Bydgoszcz E. B.

Freit. 20. Juli

Zum 1. Male:

Der Raub der

Gabinerinnen.

Schwank von Franz

von Schönthan.

Vorverlauf bei Hecht,

Bromberg, Donnerstag den 19. Juli 1923.

Pommerellen.

18. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

d. Von der Ziegeleindustrie. Als vor etwa fünfzehn Jahren die Bautätigkeit in Stadt und Umgegend in Blüte stand, konnten die hiesigen Tonziegeleien den Bedarf nicht decken und es mussten noch Ziegelsteine hauptsächlich mit Wasserfracht von außerhalb bezogen werden, besonders aus Neuenburg und Kordon. Es wurden damals Kalksteinziegel eingesetzt, die erste von einer Aktiengesellschaft in Rudnick am Bahnhof Miszki. Während des Krieges wurde der Betrieb stillgelegt und die Bauten fanden für militärische Zwecke Verwendung. Wegen des Darniederlegens des Baugewerbes war es nicht möglich, die Ziegelfabrikation wieder zu beginnen. Die Werke sind in den Besitz der Gutsverkehrs Herzfeld u. Victorius übergegangen und wurden abgebaut. Eine zweite Kalksteinfabrik wurde an der Culmer Straße von der hiesigen Ziegeleigenossenschaft errichtet. Es galt, den Sandabbaum zu verwerten, welcher die Tonsticht bedeckt, die für die Schulzitze Ziegelsteine gebraucht wird. Diese Kalksteinfabrik wurde in den letzten Jahren vor dem Kriege fertiggestellt. Während des Krieges musste auch hier der Betrieb eingestellt werden, wurde aber später wieder eröffnet. Wie man hört, kommt dieses Unternehmen zum Verkauf, da die Genossenschaft die Kalksteinfabrikation nicht mehr betreiben will. Besonders zu ländlichen Bauten wurden in diesem Jahre recht viel Kalksteine geliefert. *

A. Der Hans- und Gründbesserverein hat in diesem Jahr wieder für seine Mitglieder Tische gestellt. Es ist ein Tischlager in Borszynki gemietet und dieses wird auf Rechnung des Vereins ausgebeutet. Zum Preis von ungefähr 7000 M. pro Zentner erhalten die Mitglieder den Tisch. Die Höhe der letzten Wochen ist der Tischproduktion außerordentlich fördernd gewesen.

A. Der Besuch der Stadtförsterei Rudnick war in den letzten Tagen sehr stark. Besonders wurde das Freibad viel besucht. Leider ist der Besuch dieses beliebten Ausflugsortes durch Aufhebung der Haltestelle „Kaisergasse“ sehr erschwert. In früheren Zeiten wurde der Zug dorthin viel benutzt.

* Blitzschläge. Am Sonntag schlug der Blitz in das Wohnhaus Bischofstraße 42 und zertrümmerte den Schornstein und die Decke. Im Wohnhaus Bischofstraße 5 schlug der Blitz in den Giebel, zündete und riss ein großes Stück vom Dach ab, der zweite Schlag löste das Feuer. Der dritte Schlag traf den Wasserturm der Eisenbahn in der Bahnhofstraße. Ein weiterer Schlag traf unweit dem Elektrizitätswerk und der Feuerwache. Durch den Aufdruck fiel ein Feuerwehrmann aus dem Bett, ein zweiter gegen einen Dienst, ein dritter gegen den Baum. Die Alarmvorrichtung wurde durch den Blitzschlag in Bewegung gesetzt, so daß es nicht möglich war, die Apparate zu bedienen. Ein Schlag traf die Straßenbahn. *

Thorn (Toruń).

* Die Ortsgruppe Thorn des Verbandes deutscher Handwerker in Thorn unternahm Sonntag nachmittag bei heitstem Sommerwetter einen Ausflug mit Damen nach dem Wendlandischen Gesellschaftsgarten in Rudnik. Die herrschende Schwüle machte nachmittags eine lebhafte Begeisterung unmöglich, und so wurde es doppelt dankbar bestätigt, daß der Männergesangverein „Liederfreunde“ und einige Mitglieder des Orchesters der „Deutschen Bühne“ durch den Vortrag einer Reihe von Chorliedern und Konzertstücken für Abwechslung und Unterhaltung sorgten. **

* Ein kurzes aber ziemlich heftiges Gewitter ging Montag gegen 5 Uhr morgens über Thorn nieder, nachdem sich die Temperatur am Sonnabend und Sonntag fast bis zur Unersättlichkeit gesteigert hatte. (Sonntag mittag wurden an schwülen Stellen 37 Grad Celsius gezählt.) Das Gewitter war von verhältnismäßig wenig Regen begleitet und brachte auch keine Abkühlung, im Gegenteil, die Temperatur scheint danach nur noch schwüler geworden zu sein. **

* Ein schwieriges Stück Arbeit war das Fällen des alten abgestorbenen Baumsriesen an der ul. Nadbrzeżna (Ulferstraße) neben dem Badertor, das Ende vergangener Woche vorgenommen wurde. Es war dazu erforderlich gewesen, die in der Nähe befindlichen Telefon- und elektrischen Leitungsträger abzunehmen, um sie vor dem Zerreissen zu schützen. Dank der getroffenen Vorsichtsmaßregeln vollzog sich die schwierige Arbeit in kürzester Zeit, so daß sich auch die Störung im Straßenverkehr fast gar nicht bemerkbar machte. **

* Von der Weichsel bei Thorn. Das Wasser ist weiterhin gefallen. Dienstag früh zeigte der Pegel einen Stand von 0,74 Meter über Null an. Vor der Stadt, zwischen Brieftaubestation und Brückentor, ist nunmehr eine größere Sandbank mitten im Strom hervorgetreten. **

* Vier Todesfälle durch Ertrinken. Die Zahl der Opfer der Weichsel ist am vergangenen Sonntag durch das Ertrinken von vier Personen erheblich vergrößert worden. In den Morgenstunden ertranken in der Nähe der Badeanstalten der Oberleutnant Landau von der Central-Schiff-

Haushaltungsschule
St. Marienheim, Chojnice Pom.

Theoretischen und praktischen Unterricht in Hauswirtschaft, Kochen, Wäschenähen und Handarbeiten. Außerdem wird Meliorations-, polnischer Sprach-, auf Wunsch auch Matheunterricht erteilt. Der Kursus ist jährlich. (Beginn im Oktober und im April). Die Leitung der Anstalt liegt in den Händen der Franziskanerinnen.

Aufgenommen werden junge Mädchen im Alter von 16 bis 25 Jahren. Meldungen werden erbeten bis zum 15. August. Prospekte auf Verlangen. Der Vorstand.

Welche Firma fertigt moderne

Treppegeländer

Nachricht erbittet

S. Holz Nachs., Wielbork Pom.

Telefon 25.

Himbeerens Mühmaschine

Neuer 8. Marktjahr

frei Haus. Bestellung

gen an

Roh. Waldow. Kr. bei Ostromiec,

vom Chelminksi.

Telefon 7226

Telefon 6990

Willi Dörrich,

Nowo Waldow,

pow. Sępólno.

Telefon 7226

Neues Patentgesetz.

Das neue Gesetz vom 14. Mai 1923 (Dz. Ust. R. P. Nr. 58, Pos. 412), betreffend die Staatsgewerbesteuer, erhöht für das Jahr 1923 die Gebühren für die Patente und stellt die Bedingung des Ankaufes der Registrierungskarten auf jedes einzelne Unternehmen und der Niederlassungen, sowie des Ankaufes von Patenten für Handwerkerbetriebe, Käfer und Lohnfahrverkerei, auch wenn keine fremden Hilfskräfte vorhanden sind.

Die Gebühren der Patente exclusive der Zuschläge für das Jahr 1923 betragen:

Handelsbetriebe

Kategorie	Handelsbetriebe	Für alle Orts- klassen	In Ortsklassen			
			1	2	3	4
1		5 000 000	—	—	750 000	500 000
2		—	12 500 000	10 000 000	—	—
3		—	300 000	250 000	150 000	100 000
4		—	120 000	100 000	60 000	40 000
5 a	im Umherfahren	200 000	—	—	—	—
5 b	im Umherziehen	60 000	—	—	—	—

Industrie

Kategorie	Industriebetriebe	Für alle Orts- klassen	Ortsklassen			
			1	2	3	4
1		15 000 000	—	—	—	—
2		10 000 000	—	—	—	—
3		5 000 000	—	—	—	—
4		1 500 000	—	—	—	—
5		500 000	—	—	—	—
6		—	250 000	200 000	150 000	100 000
7		—	120 000	100 000	70 000	50 000
8		—	50 000	40 000	30 000	20 000

Gewerbliche Beschäftigung.

Kategorie	Art der Beschäftigung	Preis
I.	Spediteure bei den Zollämtern, die keine abgesonderten Kontore und keine Angestellten halten:	
	1. bei den Hauptbahnen	1 500 000
	2. bei den Nebenlinien	1 250 000
	3. alle anderen	1 000 000
II.	a) Handelsmakler bei den Vörsen außer der Warschauer	1 000 000
	b) alle andern Handelsvermittler	
	1. in Orten I. Klasse	750 000
	2. " II.	500 000
	3. " III. u. IV. Klasse	250 000
III.	Inspektoren und Agenten von Versicherungs-, Speditions- und Verkehrsunternehmungen und Kreditinstituten, wenn sie ihr Geschäft nicht in gesonderten Büros betreiben:	
	1. in Orten I. Klasse	250 000
	2. " II.	200 000
	3. " III. u. IV. Klasse	100 000
IV.	Reiseagenten (Commis voyageur)	1 000 000

Die Orte im Bereich der Großpolnischen Finanzkammer sind wie folgt eingeteilt:

1. Kl. Bromberg, Posen.
2. Kl. Gnesen, Nowy Targ und alle Orte des Bromberger Kreises und der Kreise Posen-Ost und West.
3. Kl. Kolmar, Czarnikau, Gołtyn, Grodzisk, Jarotschin, Kempen, Koschmin, Kołosz, Kratoschin, Lissa, Birnbaum, Mroginie, Rostek, Neutomischel, Obořnica, Adelau, Ostrowo, Schwaberg, Pleśchen, Rawitsch, Neu-Salmierzyce, Schmigiel, Schildau, Schröda, Strelno, Samter, Schubin, Wongrowitz, Wittkow, Wollstein, Wreschen, Wirsik, Bentwisch, Bünin.

Die Zuschläge zum Preis für die Patente und der Registerkarten betragen für

1. die Handelskammer resp. Handwerkskammer 15 Proz.
2. die Fachschulen 25 Proz.
3. die Selbstverwaltungsverbände 25 Proz.

Alle Gewerbesteuervflüchtigen werden aufgefordert, sich bis zum 28. Juli er. in der Steuerkasse zu melden unter Vorwegnahme der für 1923 erworbenen Patente zur Nachzahlung der Preiserhöhung und der Zuschläge und eventl. zum Erwerb der Registerkarten für die einzelnen Niederlassungen. Bei derselben Gelegenheit sollen die Patente für neue gewerbliche Unternehmungen erworben werden.

Von der Zahlung der Zuschläge für die gelösten Gewerbeschirme sowie von der Auslösung neuer Gewerbeschirme bzw. Registerkarten sind befreit: Unternehmen und Beschäftigungen, die bis zum Tage der Veröffentlichung des neuen Gesetzes, d. h. bis zum 12. Juni d. J., aufgelöst bzw. aufgegeben wurden, bzw. die ihre Lager aufgehoben haben.

Von der Verpflichtung zur Lösung von Registerkarten für die einzelnen Lager sind befreit für das laufende Jahr Handelsunternehmen der 1. Kategorie, die bereits im Sinne der Vorrichtungen des vorigen Gesetzes Gewerbeschirme für ihre Lagerräume zum Preis von 16 600 Mark gelöst haben.

Declarationsformulare zur Lösung der Gewerbeschirme für neu entstandene Unternehmen für Handwerkerberufe, für das Droschken- und Fuhrmannsgewerbe werden von den Finanzkassen (in Posen von der Stadt kasse) unentgeltlich ausgegeben.

Um dem großen Aufsturm an den Kassen zu entgehen, ist es angezeigt, unverzüglich nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung sich bei den Kassen zu melden und nicht bis auf die letzten Tage mit der Einzahlung zu warten.

Gegen diejenigen Besitzer von Handels- und Gewerbeunternehmen, sowie gegen gewerbliche Beschäftigung ausübende Personen, die bis zu dem festgesetzten Termin die entsprechenden Zuschläge nicht einzahlen, werden die für die Einreichung der direkten Steuern vorgeschriebenen Schritte unternommen mit gleichzeitiger Anwendung der Strafbestimmungen für den Verzug.

Die Steuerbehörden werden gegen diejenigen Personen, die im vorgeschriebenen Termine nicht die entsprechenden Gewerbeschirme oder Registerkarten erwerben oder ihr Unternehmen bei der Zahlung des Zuschlags in eine niedrigere Kategorie einreihen, ein Strafverfahren im Sinne der Vorrichtungen des Art. 98 des Gesetzes einleiten. Eine Einreichung des betreffenden Unternehmens in eine niedrigere Kategorie ist nur dann zulässig, wenn die äußeren Merkmale des Unternehmens die Berechtigung dafür ergeben, z. B. bei Einkäufen, Ausschreibungen und Lieferungen, bei denen die für die Einteilung in die verschiedenen Kategorien maßgeblichen Beträge für die Einfüsse bzw. Verpflichtungen eine bedeutende Erhöhung erfahren haben, sowie im Falle versehentlicher Lösung eines Gewerbeschirms höherer Kategorie. In allen diesen Fällen ist jedoch eine neue Deklaration einzurichten. Besitz jemand einer niedrigere Kategorie, als dies den äußerlichen Merkmale seines Unternehmens oder gewerblichen Beschäftigung entspricht, so kann er unter Einreichung einer neuen Deklaration die Differenz zwischen der bisherigen und der höheren Kategorie nachzahlen. Diese Zugabe wird von den Finanzkassen (in Posen von der Stadt kasse) in allen Fällen auf der Rückseite des bisherigen Gewerbeschirms, der zu diesem Zwecke der Kasse vorzuzeigen ist, bescheinigt.

Der Artikel 98 des Gesetzes lautet: „Wer ein Unternehmen führt oder eine Betätigung ausübt, ohne einen Gewerbeschirme erworben zu haben, unterliegt einer Geldstrafe in Höhe des drei- bis zwanzigfachen Betrages, der für den betreffenden Gewerbeschirme zu entrichten ist. Wer ein Unternehmen führt oder eine Betätigung ausübt, ohne einen der Kategorie des Unternehmens entsprechenden Gewerbeschirme gelöst zu haben, oder ein Lager ohne Registerkarte unterhält, unterliegt einer Geldstrafe in Höhe des dreifachen Betrages der Differenz zwischen dem Preis für den der Kategorie entsprechenden und den im Besitz befindlichen Gewerbeschirme bzw. der für die Registerkarte zu entrichten ist. Die Strafe befreit jedoch nicht von der Verpflichtung zur Erwerbung des entsprechenden Gewerbeschirms bzw. der Registerkarte.“

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 18. Juli.

Mangel an Devisen.

Von der Bromberger Handelskammer wird uns geschrieben:

Die durch die Bemühungen der Bromberger Handelskammer ins Leben getretene Devisenkommision in Bromberg wird gegenwärtig mit Anträgen überschüttet um Beuteilung von fremden Baluten an die hiesige Industrie und den hiesigen Handel. Die Kommission ist ratlos, da notorisch auch die notwendigsten Beträge an Devisen fehlen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß einzelne Firmen, die Waren einkaufen oder eingekauft jenseits der Grenze bezahlen wollen, ihre Zuflucht nehmen zum Ankauf von Devisen auf dem Danziger Markt. Unter Berücksichtigung dieser Umstände hatte in vorsorglicher Weise der Präsident der Handelskammer Stadtakademie dieserhalb eine Versammlung der ortsbewohnerischen Mitglieder der Handelskammer zugleich mit Vertretern der Vereinigung der Fabrikanten, des Kaufmännischen Verbandes und des Arbeitgeberverbandes für den 14. d. M. einberufen, in der der Direktor der Bank Stadthagen, Herr Bauer, die Lage in der Devisenangelegenheit des hiesigen Handelskammerbezirks in klaren Worten darlegte. Er bat die Handelskammer, dem Finanzminister und dem Ministerium für Handel und Gewerbe in Warschau eine Denkschrift zu überreichen und um eine gerechte Beuteilung von Devisen an den hiesigen Bezirk zu bitten. In demselben Sinne sprachen Präsident Kasprzyk, Direktor Parek, Stadtrat Milchert, sowie die Herren Starf, Direktor Janowsky und andere. Der Handelskammerpräsident Dr. Henner-Mannstein rekapitulierte die Ausführungen der Vorredner und schlug eine Umfrage vor innerhalb der industriellen und Handelskreise, indem er gleichzeitig erklärte, daß die Handelskammer ihrerseits alles tun würde, um die betreffende Denkschrift so schnell als möglich dem Finanzministerium zu überreichen. Das Material jedoch müsse aufs sorgfältigste gesammelt und die Zahlen genau angegeben werden, da nur eine solche Denkschrift Erfolg haben könnte. Den Standpunkt des Syndikus unterstützten die Herren Bauer, Direktor Janowsky und Starf in der Richtung, daß die Handelskammer bei den Banken eine Liste derjenigen Firmen einfordert, die Devisen benötigen. Darauf müsse die Handelskammer einen Fragebogen verwenden, der sofort ausgefüllt werden und der Handelskammer zurückgeschickt werden müsse, auf Grund dessen dann Syndikus Dr. Heller-Mannstein die Denkschrift an das Finanzministerium ausarbeiten würde.

Es wurde beschlossen, das beschaffte Material auf dem fürzesten Wege den Devisenkommisionen in Bromberg und Posen zur Information zu übersenden, da die Interessen-

ten aus dem Geschäftsbereich der hiesigen Handelskammer zum Teil von der hiesigen Devisenkommision, zum Teil aber auch von der Posener abhängig sind. Syndikus Dr. Heller-Mannstein bat zum Schluss noch, die Herren möchten die Mitglieder ihrer Verbände auf die Dringlichkeit der Angelegenheit besonders hinweisen. Darauf schloß Präsident Kasprzyk die Sitzung.

Inzwischen hat die Handelskammer durch Schreiben an die Devisenbanken des Reichsdistrikts um die Liste derjenigen Firmen gebeten, die mit Devisen arbeiten. Schon auf Grund des vorstehenden Berichts können indessen interessenten der Handelskammer folgende Angaben machen: 1. Adresse der Firma, 2. die Art des Unternehmens, 3. der monatliche Bedarf an Devisen für die Zeit vom Juli bis 1. Januar 1924, evtl. für jeden Monat getrennt, 4. die Art und die Menge des Bedarfs an Waren, 5. die Art der Devisen, die gebraucht werden, 6. die Anzahl der Devisen, die für bereits gekaufte Waren gebraucht werden, 7. ob die Waren unter 6. dem Verderben ausgesetzt sind und in welchem Maße.

Akkordlöhn der Landarbeiter.

Am 6. Juli d. J. ist von den nachstehenden Organisationen der Akkordtarif für die Erntezeit 1923 zu folgenden Sägen abgeschlossen und unterzeichnet worden: dem Landarbeiterverband „Związek Robotników Rolnych w Poznaniu“, „Zjednoczenie Zawodowe Polskie“, dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband, dem Verband „Zjednoczenie Producentów Rolnych“ und dem Landbund Weichselgau für Pommerellen.

Für das Mähen eines Acders Magdeburgischer Größe werden folgende Getreidewertätze gezahlt: a) bei schwach bewachsenem Acdar, Binden und Mandeln (Aufstellen der Garben) 23 Pfund Roggen. Bei starkem Bestand, Binden und Mandeln 26 Pfund Roggen. Bei schwachem, leicht gelagertem Bestand 18 Pfund Roggen. Bei starkem Bestand und stark gelagert 19 Pfund Roggen. b) Mähnen und Ernten von Hülsenfrüchten, Binden und Aufstellen 21½ Pfund Roggen. c) Das Mähen der Erbsen bzw. reiner Erbsenfrucht unterliegt der besonderen Vereinbarung. Wo es zu keiner gütlichen Vereinbarung gekommen ist, wird im Tagelohn gebracht. Bei allen vorgenannten Sägen erhält vom Mäher die Binderin pro Morgen 33 Prozent.

Bei allen diesen Normsägen werden täglich in der Wojewodschaft Posen abgezogen: den Deputaten 26 Pfund Roggen, den Häuslern 8½ Pfund, sämtlichen Saisonarbeitern 7 Pfund und den Hofsängern 3 Pfund Roggen. In der Wojewodschaft Pommern täglich: den Deputaten 26 Pfund Roggen, den Häuslern 13 Pfund, sämtlichen Saisonarbeitern 8 Pfund Roggen und den Hofsängern 4½ Pfund.

Bei dem Akkordtarif wird sämtlichen Arbeitern täglich der Wert des angegebenen Getreides abgezogen. Die Deputate erhalten den Verdienst in bar und das ganze Deputat, Häusler, Saisonarbeiter und Hofsänger erhalten das ganze Deputat. Die Zahlung des Tagelohnes in bar fällt weg. Treten anormalen Zustände ein, so werden besondere Vereinbarungen geschlossen. So lange keine besonderen Vereinbarungen geschlossen werden sind, tritt an Stelle der Akkord- die Tagelohnarbeit.

Der Geflügelzüchterverein hielt am 11. d. M. im Strohcasino eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst Gartnereibesitzer Rettig einen eingehenden Bericht über die Posener Landwirtschaftliche Ausstellung Ende Juni d. J., die mit einer Kleintierz- und Geflügelausstellung verbunden war, erstattete. Hierauf hielt der Vorsitzende, Seminarlehrer Will, einen Vortrag über Geflügelkrankheiten, wobei er besonders die Krankheiten, die sich im Sommer bei großer Hitze bei jungem und altem Geflügel einzustellen pflegen, behandelte. Der Hitzé wegen soll die Ausstellung ausfallen, so daß die nächste Sitzung erst wieder im September stattfinden wird.

Der Bienenwirtschaftliche Verein hielt am 15. d. M. in der Volksschule, Bahnhofstraße 58, eine Mitgliederversammlung ab, in der hauptsächlich die Honigabfertigung an die Stadt und die Bevölkerung von Zucker für die Herbstfütterung besprochen wurden. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, ihren Verpflichtungen gegenüber der Stadt trotz der geringen Honigproduktion und die Hälfte des geschleuderten Honigs an die Stadt sofort abzuliefern. Die Stadt zahlte für guten, diesjährigen reinen Honig das dreifache des Zuckerpreises. Da bereits einige Mitglieder geschleudert haben, wird noch im Laufe dieser Woche mit der Abfertigung begonnen werden. Wenn die Abfertigung richtig und bald erfolgt, ist Aussicht vorhanden, daß die Stadtverwaltung den Imkern der Stadt Bromberg Zucker für die Herbstfütterung anstrebt. Näheres darüber wird den Mitgliedern wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen mitgeteilt werden. Dann unternahm eine Anzahl Mitglieder einen Ausflug nach Schönhausen (Zimna woda) und freute sich über die mit Liebe und Verständnis gepflegten Bienenstände unserer dortigen Vereinsgenossen. Des Ausfluges wegen wurde der Vortrag über Ausnutzung der Biene verschoben.

Bei einem Fahrraddiebstahl ergriff und festgenommen wurde gestern in der Posener Straße (Pozańska) ein gewisser Gustav Krugholz.

Fahrraddiebstahl. Vor dem Hause Promenada 53 in Schöttersdorf (Szczytno) hatte ein Radfahrer sein Rad, Marie Brennabor, stehen lassen und fand es bei seiner Rückkehr natürlich nicht mehr vor.

Festgenommen wurden gestern zwei Sittenräuber sowie ein Mann, der einem anderen 100 Dollar abgeschwindelt hatte.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verpflichtung eingehalten.

Bromberg, 18. Juli.

Tod der Presse.

Unter dieser Überschrift nimmt der „Dziennik Bydgoski“ gegen die Bestimmung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der kommunalen Finanzen, wonach auch Insolvenz von den Kommunen besteuert werden dürfen, scharf Stellung. Das Blatt schreibt u. a.: Die Lage der Zeitungsunternehmen in Polen ist unerhört schwer. Der Trust der Papierfabrikanten, der zwar nicht organisiert ist, aber in Wirklichkeit besteht, ferner der Druck der Druckereiangestellten in Richtung der Erhöhung der Löhne, dann das hohe Brief-, Telegramm- und Telephonporto sind Würgebänder, die die Unternehmungen zu erstickt drohen. Jetzt tritt zu allem — das horrende unter der Sonne — die Inseratensteuer hinzu. Das ist um so trauriger, als die Regierung der Rechten dies beschließen will. Das Blatt schreibt dann weiter, daß der frühere Ministerpräsident Siksorski der Lage der Presse viel Verständnis entgegengebracht habe, indem er nicht bloß eine Ermäßigung des Zolls auf Zeitungspapier in Aussicht stelle, sondern auch versprach, seinen Einfluß bei den inländischen Papierfabrikanten auf Ermäßigung der Preise geltend zu machen. Das Blatt sieht sich dann mit dem gegenwärtigen Premierminister Witos auseinander und fragt, ob die Parteiblätter des Piast wohl auch unter die Steuer fallen werden. Der „Dziennik“ meint aber, daß der „Piast“ und der „Przygiciel Eudu“ nicht sonderlich in Betracht kämen, da die Annoncen in ihrem Budget nur eine geringe Rolle spielen.

Lohnverhandlungen.

Gestern nachmittag 2 Uhr fand eine sehr stark besuchte Arbeitgeberversammlung des Zentralarbeitsverbandes im Hotel Adler statt. Gegen 4½ Uhr begann die Lohnverhandlung auf Grund der von den Arbeitnehmerverbänden gestellten Forderung, und zwar unter Leitung des Hauptgewerbeinspektors Dobrowski-Thorn. Nach ziemlich scharfer und langer Diskussion haben die Arbeitgeber von der kommenden Woche ab 10 Prozent auf die Junilöhne angeboten (aufammen also 55 resp. 50 Prozent). Dieses Angebot wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie trotzdem durch Birkulare ihre Mitglieder anwiesen werden, diese 10 Prozent für die kommende Lohnwoche zu zahlen. Weitere Lohnverhandlungen hat der Gewerbeinspektor für das Baumgewerbe zu Montag in Thorn angesetzt. Es finden gleichzeitig über den Rahmenarbeitsverhandlungen statt. Im nächsten Monat sind weitere Lohnverhandlungen zu erwarten.

Preiserhöhung der Postformulare. Das Post- und Telegraphenministerium erließ am 10. d. M. eine Verfügung, die Postarten ohne Marken auf 150 Mark und die Preise der anderen Blankette auf 100 Mark zu erhöhen.

Der heutige Wochenmarkt zeigte, wohl infolge des regnerischen Wetters, daß zur Abwechslung wieder einmal hoffentlich aber nicht zum Daueraufenthalt, sich niedergelassen hat, einen merklich schwächeren Verkehr. Trotzdem hielt sich die Preise im allgemeinen auf der bisherigen Höhe, und bei Butter und Eiern war sogar eine neue kleine Steigung zu verzeichnen und wiederum die Erreichung, daß beide Produkte für Pfund und Mandel denselben Preis hätten: 15—16 000 Mark. Am Gemüsepreisen notierten wir in den frühen Vormittagsstunden folgende: Möhrlüben 1000—1500, Kohlrabi 1500—3000, Zwiebeln 500 bis 600, Rhabarber 400—500, Blumenthal 7000—8000 (Kopf), Gurken 7000—8000, Schoten 2000, Salat 300 (Kopf), Tomaten 15000 M. Für Beeren ob st wurden verlangt und gezahlt: Stachelbeeren 1500—2000, Blaubeeren 2000, Gartenerdebeeren 10000, Johannisbeeren 2000—2500, Walderdbeeren 5000, Himbeeren 12000, Kirschen, wie bisher 3000 bis 400 M. Die neuen Kartoffeln stellten sich auf 1000 bis 2000 M. An Geflügel gab es Hühner zu 25—35 000 M. und Enten zu 60 000 M.

Unterwegs von Taschendieben bestohlen. Auf der Straßenbahn wurde gestern in der Bahnhofstraße einem Herrn seine Doublette-Taschenuhr nebst goldener Kette entwendet. Einem nach Warschau reisenden Herrn wurde im Zug eine Brieftasche mit 130 000 Mark bar und einem Wechsel über 12 Millionen gestohlen.

Verschiedene Diebstähle. Um drei Millionen Mark bestohlen wurde gestern ein hiesiger Kaffeehausbesitzer. — Aus einer Wohnung des Hauses Schulstraße 58 (Pijarów) in Siedlendorf (Miedzyzdroje) wurden Kleider im Werte von ½ Million entwendet. — Mehrere Treibriemen wurden in der hiesigen Papierfabrik gestohlen. Als verdächtig erschienen mehrere Arbeiter der Fabrik, und als bei ihnen Haussuchungen vorgenommen wurden, fand man in der Tat die Treibriemen und auch andere aus der Fabrik entwendete Sachen vor.

* * *

* Kolmar (Chodzież), 16. Juli. Am Donnerstag abend zwischen 9 und 10 Uhr ertranken in der Nehe beim Übersehen von einem zum andern Ufer die beiden Arbeiter Palke und Frankowia. Sie hatten sich an der Nehe mit Fischerangeln vergnügt. Die Leichen der beiden Ertrunkenen sind am Sonnabend geborgen worden.

* Posen (Poznań), 17. Juli. Bei dem Landwirt K. in Konarzewo (Kreis Posen-West) brach am Sonntag nachmittag Feuer aus. Eine Scheune, drei Ställe, zwei Wagen und landwirtschaftliche Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Untersuchung ist im Gange. — Ertrunken ist am Montag nachmittag beim Baden auf der Nataj-Seite der Warthe der 18 Jahre alte knecht Adam Banasiak aus Zegrze. — Am Görlitzer bei Ludwigshöhe ertrank am Sonntag der 24jährige Taubstumme Jan Mielczarsz aus Posen.

= Stronau bei Kahrheim (Kotomierz), Kr. Bromberg, 17. Juli. In der Frühe des Montags, 16. Juli, ging ein starker Gewitter über unsere Gegend, auch etwas Hagel. Der Hagel richtete nur geringen Schaden an. Ein kalter Blitschlag fuhr aber in den Stall eines Bauern in Stronau Abau nahe dem Walde und töte zwei Kühe. Weiteren Schaden richtete er nicht an.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 16. Juli. Zwanzig Todesopfer hat hier und in der Umgegend die Weichsel in den letzten zwei bis drei Tagen gefordert.

Kleine Rundschau.

* Ein Theater als Zigarettenfabrik. Das vor etwa 25 Jahren erbaute Deutsche Theater in Stuttgart, das als Residenztheater verschiedentlich recht gute Aufführungen herabgesetzte, ist von einer Zigarettenfabrik aufgekauft worden und wird in eine Zigarettenfabrik umgewandelt.

* Millionen auf der Straße. Die Direktion des Berliner Vergnügungsparkes hat am 5. Juli, abends gegen 6 Uhr, Unter den Linden von Automobilen aus für 20 Millionen Mark Hundertmarkscheine unter das Publikum geworfen. Die Marknoten waren mit Reklamezetteln für den Eisenkönig Breitbart, der abends in diesem Etablissement zum erstenmal auftrat, versehen.

* 41 Selbstmorde in einer Woche. Die Zahl der Selbstmorde in Berlin hat in der letzten Zeit in erschreckendem Maße zugenommen. Vom Donnerstag, den 28. Juni, bis zum 5. Juli, also in einer Woche, meldet der Polizeibericht allein 41 Selbstmorde. Dazu kommen nun noch die zahlreichen Selbstmordversuche, deren Ausführung im letzten Augenblick verhindert werden konnte. Unter den Toten sind 12 Frauen und 29 Männer, darunter 12 Gasvergiftungen, 5 Fälle durch Erhängen, 11 durch Ertrinken, 10 durch Ersticken, zwei Stürze aus dem Fenster und ein Sturz vor einem fahrenden Zug. Motiv meistens Nahrungsorgeln, dann aber auch Liebeskummer, Krankheit, geistige Unruhe und Trübsinn.

* Was ist ein Kunstwerk? In der Zeitschrift „Die Fahne“ beantwortet Richard Guringer diese Frage mit der folgenden kleinen Geschichte: In einer Vorlesung über Urheberrecht hatte sich der bekannte Civilrechtslehrer Prof. Reich die Aufgabe gestellt, uns den Begriff „Kunstwerk“ im rechtlichen Sinne klarzulegen. Seiner Gewohnheit gemäß suchte der ungemein beliebte Lehrer ein recht schlagendes Beispiel aus dem Leben als Grundlage für die Definition. „Hören Sie“, sagte er plötzlich, „meine Herren! Ich kam einmal aus Holland, wo ich mir eine alte wertvolle Porzellansuppenküppel erstanden hatte, über die Grenze. Der Zollbeamte sagte: „Kunstgegenstand, verlossen!“ „Aber, mein Herr, es ist eine Suppenküppel für den Haushgebrauch!“ „Das machen Sie mir nicht weiß“, meinte der Beamte, „sie hat doch ein Loch.“ Nun hatte die Schüssel tatsächlich, sonst gut erhalten, ein Loch, bei dem freilich jede Suppe durchgelaufen wäre... Kein Einwand half. Ich mußte wohl verzollen. „Aber warum?“ fragte ich, „warum soll das nun ein Kunstwerk sein?“ „Ein Gegenstand der zu nichts zu gebrauchen ist, ist ein Kunstwerk“, sagte der Beamte. — „Meine Herren, hier haben Sie die Definition!“

* Der Film als ehelicher Friedensstifter. Ein Richter des Scheidungsgerichts in Chicago hat dem Film ein neues erfolgreiches Betätigungsfeld erschlossen. Eines Tages stand sich bei ihm ein junges Chepar ein, das sich so arg verzankt hatte, daß es von der unerträglich gewordenen Ehefrau um jeden Preis befreit sein wollte. Vergeblich suchte der Richter durch väterliche Worte die streitenden Parteien vernünftig zu stimmen. Die Seiten wollten von einem Vergleich nichts wissen und ließen sich auch durch den Hinweis auf ihr drei Jahre altes Kind nicht von dem Scheidungsantrag abringen. Da alle Worte nichts ausrichteten, befahl ihnen der Richter, sich mit dem Kind nach einem in der Nähe des Gerichts gelegenen Lokal zu begeben und dort seine Entscheidung zu erwarten. Als die Leute an Ort und Stelle waren, wurde das Licht abgedreht und ihnen auf der Leinwand ein Drama vorgeführt, das den eindrucksvollen Titel führte: „Ein kleiner Engel wird Euch leiten“. Die vorgeführten Szenen entrollten ein erschütterndes Bild von der Entartung der weinenden Mutter, dem moralischen Sinken des dem Schnapsstiel verfallenden Vaters und dem elenden Leben des zwischen den beiden hin- und hergezogenen Kindes. Die rührhafte Geschichte verfehlte auch ihren Eindruck auf die streitenden Parteien nicht. Sie traten ernst vor den Richter und erklärten ihm ihren Entschluß, sich um des Kindes willen zu vertragen und das eheliche Leben fortzuführen.

Filialen der „Deutschen Rundschau“.

Culmsee (Chelmza): Verte für das Culmerland.

Gollub (Golub): Kaufmann Strubig.

Gohlshausen (Gabolow): L. Schreiber.

Graudenz (Grudziądz): Adolf Komossa, Getreidem. 25/26.

„ Arnold Triedte, Pohlmannstraße 3.

„ Makowski.

„ Roeder, Marienwerderstraße 21.

Gr. Reichenau (Bielsko Bielawa), Kr. Briesen: G. Bujak.

Hohenkirch (Książki), Kr. Briesen: Kaufmann R. Heimann.

Lessen (Lasin): Arno Lindt, Klempnerstr., Gründenzerstr. 8.

Nenenburg (Nowe): Otto Sayleha, Klosterstraße.

Nakel (Naklo): Brauerei, Bierbrauerei.

Schönsee (Kowalewo), Kr. Briesen: Bäckermeister Bleńska.

Schulitz (Solec): S. Masłowski.

Schweiz (Świecie): Max Witt, Gr. Markt (Rynek) 9.

Soldan (Działdowo): G. Schmaglowski, Dworcowa 1.

Strasburg (Brodnica): A. Fuhrich.

Abonnement und Anzeigen für die „Deutsche Rundschau“ nehmen die Filialen zu Originalpreisen entgegen.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 17. Juli. Für 100 Polenmark wurden gezahlt: in Danzig 171,57—172,48, Ausz. Warschau 174,56—175,44, Ausz. Posen 172,56—173,44, in Berlin Ausz. Warschau 171,25, in Breslau Ausz. Warschau 0,0047, in London 0,000635, in New York, 0,0008, in Prag Ausz. Warschau 0,00255—0,00305, in Wien 56—62, Ausz. Warschau 59—61.

Warschauer Börse vom 17. Juli. Belgien 5750. Danzig 0,58. Berlin 0,53. London 428 000. New York 118 000. Paris 6000. Prag 2540. Wien 100 Kr. 100. Schweiz 20 650. Italien 5100. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollars der Vereinigten Staaten 117 000. Deutsche Mark 0,52.

Berliner Devisenkurse.

Für drähtliche Auszahlungen in Mark	17. Juli		16. Juli		Münz-Parität
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland 1 Gulden	85326,00	85214,00	76807,50	77192,50	1,687 M
Buen. Air. 1 P. Bes.	74812,50	75187,50	67331,00	67669,00	1,78
Belgien 1 Frs.	10573,50	10626,50	9576,00	9624,00	0,81
Norwegen 1 Kron.	35611,00	35689,00	31920,00	32080,00	1,125
Dänemark 1 Kron.	38304,00	38498,00	34314,00	34466,00	1,125
Schweden 1 Gulden	57855,00	58145,00	51870,00	52130,00	1,125
Finnland 1 fin. M.	5925,00	6015,00	5396,00	5424,00	0,81
Italien 1 Lire	8336,50	8383,50	8354,00	8396,00	0,81
England 1 Pf. Strel.	89750,00	90250,00	89775,00	90225,00	20,43
Amerika 1 Dollar	217455,00	218845,00	185111,00	196089,00	4,20
Frankreich 1 Frs.	12768,00	12832,00	11571,00	11629,00	0,81
Spanien 1 Peset.	37905,00	38095,00	34114,50	34285,50	0,81
Tsio. 1 Yen	31122,00	31278,00	28029,50	28170,50	0,81
Rio de Janeiro 1 Milreis	105735,00	106265,00	95760,50	96240,00	2,09
Rio de Janeiro 1 Milreis	23142,00	23258,00	22443,50	22556,50	1,36
Deutsch-Ostreich 100 Kron. ab est.	311,22	312,78	276,30	277,70	0,85
Bras. 1 Krone	6503,50	6536,50	5860,00	5890,00	0,85
Budapest 1 Krone	24,93	25,07	22,44	22,56	0,85

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 17. Juli. 1 holländ. Gulden 96 897,40, Geld 97 332,60 Br. 1 Bund 250 1127 175,00 Br., 1132 625,00 Br. 1 Doll. 246 387,50 Br., 250 612,50

Brief. 100 poln. Mark 171,57 Br. 172,43 Br. verkehrsfreie Wiss. Zahl. Warschau 174,56 Br. 175,44 Br. verkehrsfreie Auszahlung Pozen 172,56 Br. 173,44 Br. 1 fr. Frank 15012,37 Br. 15087,63 Br.

Danziger Schlusskurse vom 17. Juli. Im Abendfreizeit: Dollar 246 000, Polennoten 173. New Yorker Parität ausgetrieben.

Die Landesdarlehenkasse zahlte heute für deutsche 1000- und 100-M.-Scheine 40, 50-, 20- und 10-M.-Scheine 20, kleine Scheine 115 870, frank. Frank 6880, Schweizer Frank 20 550, Pfld. Sterling 541 000, Zloty 17 000, Gold 25 000, Silber 10 000.

Aktienmarkt.

Zsp. Rokwerl
nebst Dreschketten zu
verkaufen
Jägerhof, Kronerst. 15.

Hüffel

in Waggonladungen
gibt g. preiswert ab
Häufelwerk
P. Duwe,
Sopola.

Ries

feinlörrig, mögl. stein-
frei, ca. 1000 cbm, zu
laufen ges. Ausführ.
Angeb. frei Wagon
Verladestation erbitten
Bracia Bichert
T. v. v. Chemza.
Telef. Nr. 14. 7147

Segelboot

komplett (Jolle), billig
zu verkauf. Offerten u.
M. 7142 a.d. Geschäft d. 3.

Polsterheede

in großen und kleinen
Quanten verkauft. 6221

Kont. Sienkiewicza 16

Zu kaufen gesucht:

Dezimalwage,

Gemische,

Sackkarren,

Mehlkippe,

Mehlklade,

Schreibmaschine,

Kopierpresse.

Ges. Angebote unter

U. 7798 an die Ge-
schäftsstelle d. 3tg.

Stielfrei

Sauerfischchen

und 6903

Johannisbeeren

laufen

C. A. Franke

Fernrufe 55 und 69.

+

Zementrohr-

formen

7146

gebr., jedoch gut er-
halten, mit allem Zu-
behör zu kaufen gel.
Ausführ. Offerten erb.
u. O. 7146 a.d. Gesch. d. 3.

Bachlungen

Restaurant

im Laufe v. 2 Tagen

zu verpachten.

Otole, Brzezinska 82.

Suche kleine

Wirtschaft

m. Garten u. etc. Ufer,
unbedingt Nähe Brom-
berg, z. pacht oder zu
kaufen. Händler verbieten.

Off. a. Luisa Siewert,
Posener Platz 13. 7888

Jagiellonska 37, I. r.

Schlik- und Zapfen-

Schneidemaschine

für Holzbearbeitung.

sofort zu kaufen gesucht. Ges. Angebote mit

Preis an H. L. Mörting, Druckerei Dittmann,

Bogosz, Dworcowka 6, erbieten.

7173

Zu verkaufen:

1. **Siebbadewanne**

1. Mahag.-Spiegel u.

verschiedenes. **Keil**,

Posener Platz 13. 7888

Jagiellonska 37, I. r.

Wohnungen

Suche von sofort eine

4-5-Zimmerwohn.

Nähe Danzigerstr., tausche dagegen meine

4-Zimmer-Wohnung.

Preis nach Vereinbarung. Offerten unter

R. 7779 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Auswärtige Brauerei sucht

Kellerräume, Hof und

Stallungen für

Bier niederlage

Nähe des Bahnhofes. Offerten unt. S. 7871

an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

In Mietstreitigkeiten

sowie Schriftsätze jeglicher Art

erteilt Rat und Hilfe

7849

Z. Gruszczynski, ul. Gdanska 162, II. Etg.

Suche von johl. in

der Stadt od. Vorstadt

ein Möbel evtl. auch oh.

Möbel zu miet. gesucht.

Näheres bei Schulz

Mittelstr. 8, II. 7874

Mod. 3-Zimm.-Wohn.

oder Unm. festen abzugeben.

Unter B. 7794 an die

Geschäftsst. d. 3tg.

Schön. moderne

7-Zimmer-

Wohnung

abzugeben.

Offerten unt. B. 7768

an die Geschäftsst. d. 3.

Tausche

sofort oder später

meine in bester Lage

Danzigs gelegene

7229

5-Zimmer-Wohn.

gegen eine 6-Zimmer-

Erf. unter B. 7846 an

die Gesch. d. 3tg.

Möbl. Zimmer

Dame sucht möbl.

Zimmer, mögl. Nähe

Otole, Off. u. M. 7845

an die Gesch. d. 3tg.

Schön möbl. Zimmer

m. Preis. 7845

zu vermiet. Wile-

Nakielska 8, II. r.

Frd. sonnig. Zimmer

mit 2 Betten u. voller

7866 Ossolińska 9, I. r.

2sp. Rockwerk
nebst Dreschketten zu
verkaufen
Jägerhof, Kronerst. 15.

Segelboot

komplett (Jolle), billig
zu verkauf. Offerten u.

M. 7142 a.d. Gesch. d. 3.

Polsterheede

in großen und kleinen

Quanten verkauft. 6221

Kont. Sienkiewicza 16

Zu kaufen gesucht:

Decimawage,

Gemische,

Sackkarren,

Mehlkippe,

Mehlklade,

Schreibmaschine,

Kopierpresse.

Ges. Angebote unter

U. 7798 an die Ge-
schäftsstelle d. 3tg.

2 Reservoire

ca. 1.8 u.

1.5 cbm, zu

laufen ges. Ausführ.

Angeb. frei Wagon

Verladestation erbitten

Bracia Bichert

T. v. v. Chemza.

Telf. Nr. 14. 7147

Stielfrei

Sauerfischchen

und 6903

Johannisbeeren

laufen

C. A. Franke

Fernrufe 55 und 69.

+

Zementrohr-

formen

7146

gebr., jedoch gut er-
halten, mit allem Zu-
behör zu kaufen gel.
Ausführ. Offerten erb.
u. O. 7146 a.d. Gesch. d. 3.

Bachlungen

Restaurant

im Laufe v. 2 Tagen

zu verpachten.

Otole, Brzezinska 82.

Suche kleine

Wirtschaft

m. Garten u. etc. Ufer,

unbedingt Nähe Brom-
berg, z. pacht oder zu
kaufen. Händler verbieten.

Off. a. Luisa Siewert,
Posener Platz 13. 7888

Jagiellonska 37, I. r.

Wohnungen

Suche von sofort eine

4-5-Zimmerwohn.

Nähe Danzigerstr., tausche dagegen meine

4-Zimmer-Wohnung.

Preis nach Vereinbarung. Offerten unter

R. 7779 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Auswärtige Brauerei sucht

Kellerräume, Hof und

Stallungen für

Bier niederlage

Nähe des Bahnhofes. Offerten unt. S. 7871

an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

In Mietstreitigkeiten

sowie Schriftsätze jeglicher Art

erteilt Rat und Hilfe

7849

Z. Gruszczynski, ul. Gdanska 162, II. Etg.